

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Lauenburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Annoncenzeile 80 Pfennig. Reklamagelbe 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (auflösl. zwei fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion 2400-2402-2405
Verlag: 2400-2407

Mittwoch, den 19. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Verkehrskonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Deutsche-Verlagsgesellschaft, Postfach 1000, Lindenstraße 3

Der Pariser Parteitagbeschluss.

Keine Unterstützung der Regierung Painlevé.

Paris, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteitag der französischen Sozialisten hat am Dienstag mit der Abstimmung über die ihm von der Resolutionskommission unterbreiteten Anträge und Entschlüsse seine Arbeiten beendet. In der Frage der politischen und parlamentarischen Taktik der Partei wurde die Resolution Blum-Zyromski, die in der Kommission 26 Stimmen auf sich vereinigt hatte, während auf die Resolution der Minderheit (Renaudel) nur 5 Stimmen gefallen waren, mit einer Vierfünftel-Mehrheit angenommen. Die Resolution Blum erklärt in der Einleitung, daß die Mission der Sozialistischen Partei in erster Linie darin bestehe, die Arbeiter zu einer Partei des internationalen Klassenkampfes zusammenzufassen. Trotdem dürfe die Partei nicht achtlos an der politischen Entwicklung der Gegenwart vorbeigehen. Deshalb habe sie es sich angelegen sein zu lassen, die Tagespolitik durch ihre den Umständen nach Möglichkeit angepaßte Aktion im Interesse des Proletariats zu beeinflussen. Sie werde in diesem Sinne fortfahren und ihren ganzen parlamentarischen Einfluß an dieses Ziel wenden. Sie sei dazu um so mehr fest entschlossen, als der Nationale Bloch, in dem die Reaktion sich in einer für die Errungenschaften der Arbeiterklasse und für den internationalen Frieden gefährlichen Form zusammengeschlossen habe, trotz seiner dreifachen Niederlage in den jüngsten Wahlen erneut versuche, die parlamentarische Macht an sich zu reißen. Der Sozialistischen Partei Frankreichs erscheine die

Fortsetzung der parlamentarischen Unterstützung gegenüber der gegenwärtigen Regierung unmöglich.

vor allem deshalb, weil sie den gegen die Reaktion eingeleiteten Kampf nicht abschwächen und dem durch das allgemeine Stimmrecht zum Ausdruck gebrachten politischen Willen der Massen treu zu bleiben wünsche. Aus demselben Grunde sei sie dagegen bereit, jede Regierung nach Kräften zu unterstützen, die die Gewähr dafür biete, daß sie die von dem Proletariat verlangten Maßnahmen zur Durchführung bringen werde, insbesondere hinsichtlich der Organisation des Friedens, der Sanierung der Finanzen, der Sicherung der steuerlichen Gerechtigkeit, der Verwirklichung der Sozialversicherung, der Heeresreform und der Demokratisierung des Unterrichtswesens. Voraussetzung für diese Unterstützung sei, daß diese Regierung in dem Kampf um diese Reformen sich nicht durch den Widerstand der vereinigten Kräfte des Kapitalismus und der politischen Reaktion hemmen lasse. Die Gefolgschaft der Partei würde in diesem Falle wiederum die Form der parlamentarischen Unterstützung annehmen, wie sie in der Resolution von Grenoble definiert sei und die, ohne die Wirksamkeit dieser Taktik abschwächen der Partei die volle Handlungsfreiheit wahre. Dagegen müsse die Partei die

Beteiligung an einem von anderen Parteien gebildeten Ministerium nach wie vor ablehnen.

Unabhängig von den Schwierigkeiten, die sich aus der Eigenart der sozialistischen Aktion ergeben, könne die Beteiligung an der Regie-

rung unter den gegebenen Umständen und angesichts der augenblicklichen Verfassung der Partei den Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus nur schaden, ohne die Aufgabe einer demokratischen Regierung irgendwie erleichtern zu können. Die Resolution appelliert sodann an die Disziplin, da die unerlässliche Voraussetzung für die Handhabung der Unterstützungspolitik die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Stimmen bilde. Sie schließt mit der ausdrücklichen Betonung, daß die Partei niemals die Absicht gehabt habe, sich mit anderen Parteien zu einem permanenten Kartell oder Bloch zu verbinden und daß sie auch weiterhin entschlossen sei, die Unabhängigkeit ihrer Propaganda und ihrer Aktion zu wahren.

Die Resolution Renaudel kritisiert sehr scharf die Politik des Ministeriums Painlevé, die statt von den Besitzenden im Interesse der finanziellen Sanierung die erforderlichen Opfer zu verlangen, mit Hilfe der Rechten eine reine Interessenpolitik eingeleitet habe. Deshalb habe die sozialistische Fraktion die Unterstützungspolitik gekündigt. Die Resolution definiert dann die Bedingungen, unter denen diese Unterstützungspolitik wieder aufgenommen werden könne, um sodann die Frage aufzuwerfen, ob die Partei einem Ministerium gegenüber, das bereit wäre, die von der Linken geforderten Reformen zu verwirklichen und dessen Bereitschaft zur methodischen Organisation des Friedens über allen Zweifel erhaben wäre, eine bis zur Regierungsbeteiligung gehende Unterstützung verweigern könne. Es handle sich hier um eine Frage, der die Partei ebensowenig aus dem Wege gehen könne wie der Hypothese einer revolutionären Aktion gegenüber einem ausgesprochen reaktionären Ministerium. Die Entscheidung darüber könne einzig und allein von den äußeren Umständen abhängen. Die Resolution schließt mit der Erklärung,

auf jeden Fall könne eine Mitübernahme der Verantwortung nur in Frage kommen, wenn die Partei als solche in die Regierung eintritt.

d. h. wenn sie selbst ihre Delegierten innerhalb des Ministeriums bestimmen könne.

Die Abstimmung ergab 2210 Stimmen für die Resolution Blum und 559 Stimmen für die Resolution Renaudel bei 22 Stimmenthaltungen. Der Parteitag nahm sodann eine Reihe weiterer Resolutionen und Anträge einstimmig an, darunter eine Entschlieung zur Marokkopolitik, in der die Partei die Verantwortung für die militärischen Ereignisse in Marokko ablehnt und ihrem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die auf der Konferenz von Madrid vereinbarten Friedensbedingungen von der französischen Regierung bisher nicht bekanntgegeben worden sind. Ein weiterer Antrag

fordert die sofortige Einberufung des Parlaments wegen der Ereignisse in Marokko und des Streiks der Bankangestellten. Der Antrag auf Einführung der vollständigen Verhältniswahl wurde mit 2199 gegen 505 Stimmen angenommen.

Der Reichsarbeitsminister hat sein Eingreifen in den Kampf in der Textilindustrie auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.

Die Sicherheitsnote in Berlin.

Ueberschneidungstag noch unbestimmt.

Paris, 18. August. (WTB.) Die französische Antwort auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspacts ist heute nachmittag an den französischen Botschafter in Berlin de Margerie abgegangen. Sie umfaßt 5 Seiten Text. Der Botschafter wird sie der deutschen Regierung überreichen, sobald er vom Qual d'Orsay Anweisung dazu erhalten hat, voraussichtlich Ende der Woche.

Die Verzögerung der Uebergabe dieser Note an die Reichsregierung liegt daran, daß noch nicht alle beteiligten Ententemächte dem Wortlaut zugestimmt haben. — England und Belgien haben das zwar schon getan, aber Italien nimmt in einer Note nach Paris zu dem Entwurf Stellung. Italienische Zeitungen haben in den letzten Tagen u. a. geschrieben, Italien könne mit dem geplanten Garantievertrag nicht recht zufrieden sein, weil seine Grenze diese neue und weitere Garantie über Friedens- und Bänderbündnisvertrag hinaus nicht erhalte. Aber soll Deutschland etwa die Brennergrenze garantieren, an der es nicht beteiligt und die doch wahrhaftig selbst nicht in der nächsten Phantastie jemals als von Deutschland bedroht gelten kann! Will man Deutschlands Garantie auch für die Brennergrenze — gut, dann lasse man dem ost kundgegebenen, jederzeit neu zu bestätigenden Willen Deutschlands freien Lauf, man gebe ihm das Recht der Selbstbestimmung! Dann wird es sich gewiß der großen deutschen Republik anschließen und dann ist der Brenner deutsche Reichsgrenze, die das Reich auch garantieren kann!

In der Sackgasse.

Zur weltwirtschaftlichen Situation.

Von Wilhelm Dittmann.

Allmählich schwinden die Nebelwolken, mit denen der Weltkrieg die weltwirtschaftliche Situation verschleiert hatte. Auch in Deutschland hat sich der Kapitalismus wieder „stabilisiert“, wenn auch nur in starker Anlehnung und Abhängigkeit vom angloamerikanischen Kapitalismus. Aber es will nicht gelingen, das Wirtschaftsleben wieder in den „normalen“ Gang hineinzubringen, wie er den kapitalistischen Kreisen aus der Vorkriegszeit als Ideal vorschwebt. Noch vor Monaten glaubte man, wenn die Kreditfrage gelöst sei, werde man die Produktion für den Weltmarkt in dem ersehnten Umfang betreiben können. Diese Hoffnung erfüllt sich nicht und man sieht erst jetzt, daß es auch anderen hochkapitalistischen Ländern, wie England, wo die Kreditfrage weit günstiger liegt, nicht gelingen will, das Wirtschaftsleben zu der erträumten Blüte zu bringen.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß das Problem, dessen Lösung nicht gelingen will, nicht das Kredit- und Produktionsproblem, sondern das Absatz- und Konsumtionsproblem ist. Wo ist der Absatzmarkt, der die von den kapitalistischen Staaten mit ihrer technisch hochentwickelten Produktionsmaschinerie hervorgezauberten Waren aufzunehmen und zu realisieren vermag? Im Innern der kapitalistischen Staaten fehlt es der werttätigen Bevölkerung infolge der Auswirkungen des Weltkrieges an der dazu notwendigen Kaufkraft. Alle Hoffnung wird deshalb auf den „Weltmarkt“ gesetzt, der dem Einzelkapitalisten und den einzelnen Produktionszweigen als ein mythisches, unendlich weites Absatzfeld erscheint, von unerlöschlicher Aufnahmefähigkeit, von dessen Verengung durch den Krieg und seine Folgen sie sich aber kaum eine klare Vorstellung machen.

Im Verhältnis zu der Warenmenge, die der moderne Hochkapitalismus auf den Markt zu schleudern vermag, kommen die meisten der vom Kapitalismus noch nicht erschlossenen Länder als Abnehmer, die die Absatzfrage zu lösen vermöchten, nicht in Betracht. Es gibt nur drei Gebiete, die nach ihrer Volkszahl dafür wirklich ins Gewicht fallen können: Rußland, Indien und China. Aber diese Riesengebiete, die durch den Weltkrieg zum Erwachen gebracht worden sind, sind dem modernen Hochkapitalismus sowohl als Absatzmärkte wie als Anlagegebiete für neue Kapitalien gegenwärtig verschlossen. Soweit das noch nicht der Fall ist, muß für die nächste Zukunft damit gerechnet werden. Die fremdenfeindlichen Bewegungen in Indien und China, deren Kraft in den ungeheuren Menschenmassen liegt, die hinter ihnen stehen, drohen dem europäisch-amerikanischen Kapitalismus selbst die bisherigen Absatzmärkte in jenen Riesengebieten abzuschneiden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Erfolg der „nationalsozialistischen“ Bewegungen in China und Indien seine Rückwirkungen auf Vorderasien und Nordafrika, wo ja bereits überall ähnliche Selbstständigkeitsregungen hervorbrechen, haben wird. Aber ganz gleich, wer in diesem gigantischen Ringen schließlich Sieger sein wird, jedenfalls dauert es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, ehe die Entscheidung fällt. Während dieser Zeit aber kommen diese Länder als Absatzgebiete für den europäisch-amerikanischen, für den „weißen“ Kapitalismus in stärkerem Grade als bisher nicht in Betracht.

Es drängt sich die Frage auf, ob nicht Rosa Luxemburg Recht hat, die in ihren beiden Standardwerken die Theorie vertritt, daß der Kapitalismus überhaupt am Ende seines Lateins sei, sobald ihm zur Realisierung des Mehrwerts nicht mehr die Absatz- und Anlagemärkte nichtkapitalistischer Gesellschaftsformationen in genügendem Ausmaße zur Verfügung stehen. Jedenfalls aber ist der „Weltmarkt“, mit dem in der nächsten Zukunft gerechnet werden kann, äußerst kümmerlich und zerschlagen. Der „weiße“ Kapitalismus steckt in einer Sackgasse. Nordamerika steht dabei noch am günstigsten da, da sein innerer Markt aufnahmefähiger ist und der übrige amerikanische Kontinent ihm noch Absatz- und Anlagemöglichkeiten bietet. Aber für Europa wird die weltwirtschaftliche Situation allmählich zur Katastrophe.

Die Rückwirkungen der Absatzkrise machen sich im deutschen Wirtschaftsleben bereits fühlbar. Die Verengung des Absatzes versucht man durch höhere Preise, niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit auszugleichen, deren Folgen neben der wieder zunehmenden Arbeitslosigkeit die nichtbesitzenden Volksschichten in ihrer Lebenshaltung und Konsumkraft weiter herabdrücken. Auch die Steuererleichterungen für die Besitzenden durch die neuen Steuergesetze sowie die Zollsubventionen des neuen Zolltarifs gehören zu den Mitteln, durch die sich die kapitalistischen Kreise auf Kosten des Volksganzen für den ihnen infolge der Absatzkrise entgehenden Profit schadlos zu halten suchen. Betriebsstillegungen und Ausschaltung zusammengebrochener Unternehmungen, wie wir sie bereits beim Stimmekongress erleben, zeichnen weiter den Weg, den die in die Enge getriebenen Kapitalis-

Massenausperrung in der Textilindustrie.

200000 Arbeiter sollen auf's Pflaster geworfen werden.

Leipzig, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Unternehmer der sächsisch-thüringischen Textilindustrie waren samt den Vertretern der Textilarbeiter zum 17. August vom Reichsarbeitsministerium zu einer Einigungsverhandlung nach Berlin geladen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Bekanntlich geht der Hauptstreit um die Tarifdauer. Der Schiedspruch des Chemnitzer Schlichtungsausschusses sah eine 10prozentige Lohnerhöhung vom 11. Juli bis 26. März 1926 vor. Von Arbeitgeberseite war die Verbindlichkeit beantragt, während die Arbeiter den Schiedspruch ablehnten. Der sächsische Schlichter mußte die Verbindlichkeit ablehnen, schon aus formellen Gründen. Der Schlichtungsausschuss Chemnitz hatte nämlich über eine Reihe Tarifverträge entschieden, für die er absolut nicht zuständig war. Versuche des sächsischen Schlichters, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer, die, ohne Rücksicht auf die sich immer mehr bemerkbar machende Preissteigerung, die Tarifdauer bis in den März hinein beibehalten wissen wollten. Nachdem nunmehr rund 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei in den Streik getreten sind, beschloßen die Unternehmer, auf den 5. September sämtliche in Westsachsen befindlichen Textilarbeiter und -arbeiterinnen auszusperren.

Es werden etwa 200000 Arbeiter betroffen. Für die thüringischen Färbearbeiter war ein Schiedspruch gefällt, der 10 Proz. Lohnerhöhung bis Ende des Jahres vorsah. Die Arbeiter, welche den Schiedspruch angenommen, haben die Verbindlichkeit beantragt. Obschon das hierüber eingeleitete Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, ist auch diesen Färbearbeitern gekündigt worden. Eine große Anzahl von Firmeneinhabern im sächsisch-thüringischen Textilindustriebezirk haben ihren Betriebsräten unverhohlen ihre Mißbilligung über den Schritt ihres Verbandes ausgesprochen.

hären gehen. Je mehr die Absatzkrise sich zum Dauerzustand auszuwachsen wird, je stärker wird der kapitalistische Druck auf die Volksmassen werden, je unmöglicher wird zugleich die Lösung der Krise durch Erweiterung des inneren Marktes. Und doch ist die Lösung allein dadurch möglich.

Diese Lösung rührt am Wesen der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Sie ist nur möglich durch fühlbare Reduzierung des Mehrwertanteils und entsprechende Erhöhung des Lohnanteils. Befolgen die Arbeitnehmer mehr Lohn, so steigt ihre Konsumkraft, die produzierten Waren finden Absatz, aber der Profit schrumpft zusammen, schwindet schließlich ganz. Das Privatkapital verliert das Interesse an der Produktion, die ihren Antrieb nicht mehr vom Profit empfängt. Andererseits wird es zum Lebensinteresse für die Gesamtheit, die Produktion für ihre Bedürfnisse in die Hand zu nehmen und zu regeln. Der Sozialismus, den der Kapitalismus endgültig „erledigt“ zu haben glaubt, drängt sich als gebieterische Konsequenz aus dem eigenen kapitalistischen Entwicklungsgang unwiderstehlich auf. Die vom Kapitalismus ins Riesenhafte entwickelte Produktivkräfte können nur so noch nutzbar gemacht und fortentwickelt werden. Ein Pan-Europa wird zur Notwendigkeit als Rahmen für die vergesellschaftete Produktion des bisher kapitalistischen Europa. Die internationale Arbeitsteilung zwischen diesem hochindustriellen Gebiet und dem agrarischen Rußland drängt sich beiden von selber auf und gewährleistet beiden Produktionsentwicklung und Volkswohlstand.

Solche Lösung, so einleuchtend sie dem gesunden Menschenverstande ist, widerspricht jedoch den Besitz- und Machtinteressen der Kapitalistenklasse und sie wird deshalb von ihr auf das hartnäckigste bekämpft werden. Das Proletariat aber muß sich darüber klar werden, welchem Martyrium es entgegen geht. Es muß seine wirtschaftlichen und politischen Organisationen, mittelst deren es seinen Emanzipationstampf führt, zu gesellschaftlichen Mächten gestalten, denen der Kapitalismus nicht widerstehen kann. Alle nichtkapitalistischen Schichten, die den gleichen Leidensweg zu gehen haben, müssen den proletarischen Kampforganisationen ein- oder angegliedert werden, damit sie im Staats- und Wirtschaftsleben den Einfluß und die Macht erringen, in allen Phasen der kommenden Kämpfe das Interesse der Volksgesamtheit gegenüber dem kapitalistischen Interesse zum Siege zu führen.

Der Kage die Schelle!

Was soll in Preußen werden?

Das stürmische Verlangen der deutschnationalen Presse an ihren Fraktionsfreund Schiele und an Hindenburg, sie möchten doch um Gotteswillen Preußen bald unter Reichsaufsicht stellen und Sederling beseitigen, dieses dreifache Verlangen haben wir gestern kurz und knapp gekennzeichnet. Wir kennen die Weise zur Genüge, die jetzt wieder von den „Hütern der Verfassung“ angestimmt wird, wir wissen ausreichend Bescheid über das System der Dauerverleumdung, das schließlich münden soll in der „befreienden Tat“, genau wie in Thüringen und Sachsen.

Deshalb haben wir die Zusammenhänge festgestellt und auf das hysterische Geschrei hingewiesen, das aus Anlaß der Halenkreuz-Kampfeiten und der folgenden Polizeiverordnungen im ganzen Blätterwald der Reaktion angestimmt wurde. Als der Hindenburg-Wähler Rehnig den älteren Reichsbannermann Schulz aus politischem Fanatismus niederknallte, fand die Rechtspresse im Höchstmaße mildes Bedauern. Aber als der Kaufmann Schnapp, der dem „Reichsbanner“ ganz fern steht, nur wegen seines republikanischen Bändchens im Knopfloch von einer Horde randalisierender Halenkreuz-Jünglinge mit Knüppeln überfallen und mißhandelt, in höchster Not zu seiner Pistole griff, — da

fällt der Chorus der Schiele-Freunde prompt ein mit dem Dauerruf nach „Reichsaufsicht“ für Preußen, weil dort das Halenkreuz nicht mehr vor Angriffen der „Höring-Garde“ geschützt sei.

Wir wollen nicht annehmen, daß dem Reichsinnenminister Schiele dieser Chorus angenehm in den Ohren klinge oder daß er ihn gar gewünscht hätte. Aber wir vermissen noch immer eine Erklärung von ihm, die dem heißen Verlangen seiner Freunde einige Abkühlung zu geben vermöchte.

Deswegen sei wiederholt, was gestern hier gesagt war: Wir leben nicht mehr im Inflationsherbst 1923, sondern im Herbst des Zollwucherjahres 1925. Und wir spielen nicht Thüringen, sondern leben in Preußen, und beide Ministerien, das des Reiches wie das von Preußen, sind in der Millionenstadt Groß-Berlin!

Auch der Versuch einer „Reichsaufsicht“ über Preußen wird hier von anderen beaufsichtigt. Und schließlich hat über die Politik in Preußen nicht Schiele und nicht Hindenburg, sondern der Preussische Landtag und — der preussische Wähler zu entscheiden!

Der deutschnationalen Kage ist die Schelle umgehängt. Mit ihren Schlingen ist es nichts. Denn über sie hinweg wird der Appell an die Wähler Klarheit bringen, ob Zollwucher, Steuerunrecht, Aufwertungsbeitrag gar noch getront werden sollten durch tapfere Eingreifen eines deutschnationalen Beauftragten in die preussische Staatsmaschine!

Zentrumsarbeiter und Zollpolitik.

Vertrauen, aber schwere Bedenken.

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterzentrumwähler Westdeutschlands hat in Düsseldorf eine Besprechung mit den Arbeiterabgeordneten der Zentrumsfraktion abgehalten. Die Vertrauensleute haben aus ihrer Unzufriedenheit mit der Zollpolitik des Zentrums kein Hehl gemacht. Sie haben schwere Bedenken geäußert wegen der Möglichkeit der preissteigernden Wirkung der Zollgesetzgebung. Schließlich haben sie eine Vertrauensformel für die Arbeiterabgeordneten des Zentrums gefordert, die durch ihren Inhalt bemerkenswert ist. Sie lautet:

„Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck zu energischen Maßnahmen gegen die Preisbildung der Kartelle und Konventionen sowie die stillen Preisverabredungen im Lebensmittelhandel veranlaßt werde.“

Hierin erblickt die Konferenz die hauptsächlichste gesetzgeberische Aufgabe der nächsten Zukunft im Interesse eines gesunden wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues.

Die Konferenz spricht den Arbeitervertretern im Reichstag ihr volles Vertrauen aus. Sie erwartet von ihnen, daß sie nach wie vor in jäher Ausdauer an der Besserstellung des in schwerster wirtschaftlicher Not daniederliegenden Arbeiterstandes wirken, als der wichtigsten Aufgabe unserer gesamten Innenpolitik.“

Es ist das Wesen der Zollgesetzgebung, daß sie die Preisbildung der Kartelle und Konventionen auf dem Inlandsmarkt begünstigt und ihnen die Möglichkeit des Dumping auf Kosten der deutschen Arbeiter gibt. Energische Maßnahmen gegen die Preisbildung der Kartelle und Konventionen und Schutzpolitik sind unvereinbare Dinge.

Die Aufforderung, rastlos an der Besserstellung der Arbeiterschaft zu wirken, begegnet sich mit der Aufforderung des ADGB, um einen angemessenen Lohn zu kämpfen, um eine Vereinfachung der Arbeiterschaft durch die Zollvorlage abzuwehren.

Dieser Beschluß der Arbeiterwähler des Zentrums ist deshalb alles andere, als eine Vertrauensumgebung für die Zollpolitik des Zentrums. Sie ist die Antwort auf den Bewusstseinsaufbau der Reichstagsfraktion des Zentrums, ein Ausdruck der Opposition gegen die Versuche, das Zentrum dauernd an die Rechtsparteien zu schmieden.

Deutschnationale Agitationskampagne.

Wiederaufrollung des Kampfes gegen die Schuldfrage.

Die „Deutsche Zeitung“ setzt ihren systematischen Kampf gegen die offizielle Politik der deutschnationalen Parteileitung mit den verschiedensten Mitteln fort. Die „Inrigger“ Vrier des rechten Flügels sollen unter allen Umständen aufgespürt werden. Ein langer Leitartikel des Generals von Ratzahn, der offenbar in der Außenpolitik besonders befähigt ist, wird gegen Stresemann losgelassen. Die Schuldfrage muß mal wieder herhalten:

„In vaterländischen Kreisen wurde unter den Vorbedingungen des deutschnationalen Redners die Forderung der amtlichen Zurücknahme des erprehten Beschlusses der Schuld am Weltkrieg vernichtet. Es fiel um so mehr auf, da bekannt ist, daß Graf Westarp gerade einer der eifrigsten Förderer dieses nationalen Verlangens ist. Wohl wegen dieser Unterlassung trat der Nationalverband deutscher Offiziere am 14. d. Mts. erneut und energisch in einem offenen Brief an den Reichskanzler für die alte Forderung ein. In dem unseligen 29. August v. J. versprach die Regierung Marx-Stresemann feierlich vor dem Reichstage die Notifizierung des Widerrufes an alle ausländischen Regierungen. Das gegebene Wort ist bisher nicht eingelöst worden.“

Mit dem Rainszeichen der Blutschuld an dem Weltkriege auf der Stirn, mit der Lüge auf den Lippen, unter allen Mächten der Erde allein den Krieg, und zwar den allgemeinen Krieg, gewollt und absichtlich herbeigeführt zu haben, kann Deutschland nicht Einlaß in den Völkerbund begehren und als gleichberechtigt inmitten „ehrenwerter Nationen“ Platz nehmen.

Es dürfte den deutschnationalen Ministern nicht allzuschwer werden, bei ihren Kollegen von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum durchzusetzen, daß nun endlich an die Einlösung des gegebenen Wortes ihrer Führer Stresemann und Marx gedacht werden muß. Unternehmen die deutschnationalen Minister nicht wenigstens erstlich einen Versuch hierzu, so sehen sie sich dem aus, daß man ihnen nachgehen wird, sie machten sich an dem Wortbruch mißglücklich.

Nach dem Nichtinhalt der feierlichen Zusage, welche noch obendrein als Preis und Belohnung für die Annahme der Dawes-Befehle ausgegeben war, sprach die Presse der Volkspartei und des Zentrums verlegen, zur Notifizierung müsse ein geeigneter Zeitpunkt abgewartet werden. Gibt es einen noch geeigneteren Zeitpunkt als den, in welchem von den Alliierten unter Beitritt zum Völkerbund verlangt wird?

Die „Deutsche Zeitung“ mag sich beruhigen. Auf einen Wortbruch mehr oder weniger kommt es den Deutschnationalen nicht an. Sie wollen an der Macht bleiben, darauf kommt es ihnen an. Alles andere ist nur Streuland in die Augen ihrer Anhänger. Die schönsten Artikel der „Deutschen Zeitung“ haben das früher nicht geändert und werden das auch in Zukunft nicht ändern.

Entwurf einer Reichsdienststrafordnung.

Vom Reichsminister des Innern wurde dem Reichstag der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung vorgelegt. Der Entwurf zerfällt in 12 Teile. Sie behandeln das materielle Dienststrafrecht, das Verhältnis des Dienststrafverfahrens zum gerichtlichen Strafverfahren, die Dienststrafgerichtsverfassung, das Verfahren selbst, die vorläufige Dienstenthebung, Fristen, Vollstreckung, Kosten sowie Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das geltende Dienststrafrecht der Reichsbeamten, wie es im Reichsbeamtengesetz niedergelegt ist, schon seit langem verbesserungsbedürftig ist. Als besonders schwer wurde der Mangel ersichtlicher Bestimmungen über die Rechtskraft der Entscheidungen und die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der entsprechenden Vorschriften der Strafprozessordnung empfunden. Um die Neuordnung des Beamtenrechts überhaupt in Fluß zu bringen, so heißt es in der Begründung weiter, ging die Reichsregierung dazu über, seine vom Standpunkt der Beamten auf der Verabschiedung am dringendsten bedürftigen Teile, soweit tunlich, herauszugreifen und vorweg zu bearbeiten. So geschah es mit dem Entwurf eines Beamtenvertretungsgesetzes und so geschieht es jetzt mit dem Entwurf einer Dienststrafordnung für die Reichsbeamten.

Der Totenwald von Brunico.

Von Erich Gottgetren.

Brunico, eine sehr hübsche alpenländische Stadt in Tirol, hieß früher Bruned; die Bischöfe von Brigen haben sich dort ein Schloß errichtet; der Bildhauer Michael Pacher wurde in Bruned geboren; wahrscheinlich stammt auch Bertha v. Bruned, unsere Schulbekanntschafft aus „Wilhelm Tell“, aus dieser Gegend; heute ist der Ort eine beliebte Sommerfrische; der Fremdenführer nennt eine doppelstümmige Pflanzliche, selbstverständlich auch einen Aussichtsturm, 7 Gasthöfe, 1 Konditorei, 1 Weinstube und was sonst noch dazu gehört.

Das ist beinahe alles, das ist gewiß nicht viel. Aber das Letzte, vom Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs aus betrachtet, wohl auch das Belangloseste, ist herrlicher als jede Sehenswürdigkeit, ob man sagen darf, es ist eine Fühlenswürdigkeit? Geht man vom Municipio, dem Gemeindeamt, rechts ab, so kommt man nach wenigen Minuten an einen begrasteten und bewaldeten Berg, „Kuhberg“ nennt ihn der Führer. „Pellegrino, entra e saluta i morti“ (du kommst hierher, um die Toten zu begrüßen) steht an einer hölzernen Pforte, zu deutsch heißt das: „Wanderer, tritt ein und grüße die toten Seelen, die hier ruhen nach erfüllter Pflicht.“ Also ein Soldatenfriedhof, ein Heldenfriedhof, wie es, leider, viele gibt, aber doch ein Friedhof ganz besonderer Art: er ist völlig international. Deutsche, Oesterreicher, Russen, Italiener, Mohammedaner fielen während der grauen Kriegsjahre in dieser Gegend oder starben an ihrer Krankheit und wurden in Bruneds Lazaretten, Deutsche, Oesterreicher, Russen, Italiener, Mohammedaner sind hier auf hohem Berg unter zarten heißen Lärchenbäumen begraben.

Tausend junge Menschen, einst verschiedenen Blutes, verschiedener Nationalität, verschiedener Sprache, verschiedener Gesellschaftsklassen, die sich sinnlos befehden und rasend bewüteten, vereint steht der Tod. Kein „Vaterland“, keine verletzte völkische „Ehre“, kein lächelnder Offizier, kein Zeitungsblatt und keine Lüge wird die Internationale des Todes je wieder zerstören. Auf dem Kuhberg von Bruned fanden in Einzel- und Massengräbern tausend junge Menschen ihre letzte Ruhestätte. Ein Komitee hundert Bürger und Bürgerinnen sorgt für Schönheit und Würde, knapp ist das Geld, wie der freundliche Gärtner erzählt, aber die Pflege ist gut, denn die Absicht ist edel und die Liebe ist groß.

Wo aber war die Liebe, als das Wort begann? Schuldig sind wir alle am unbekanntem Toten des Schlachtfeldes, schuldig an jedem Christenkreuz, jedem Danibstern, jedem Halbmond auf den blumenübersäten Gräbern von Bruned und anders wo.

Der Bader erzählt den Waldfriedhof nur so nebenher, gleichsam als lohnenden Spaziergang, aber 3 Sternchen, 4 Sternchen müßten beigebrückt sein. Und das Kuhberg sollte viel ernster, viel schwerer, es sollte „Kuhberg“ heißen.

Weg.

Von Victor Koad.

Ich kam vom Norden über die Ebene, an Baubanktionen, Holz-, Kohlenplätzen und Baustellen vorüber. Aus Dämmer und Nebel jungen Morgens tauchen Häusermassen des nördlichen Berlin. Der Himmel glühte im Morgenrot. Majestätisch klagte die Sonne empor in die azurine Glode. Wolken trieben wie allgerender Schaum. Manz trotz nieder auf die Stadt. Berggoldene Lürme, Schöte und Dächer, riefelte an Mauern hinab bis auf helle Asphaltdecken und biendete schlafrunkene Augen ellender Menschen.

Ich hatte die Stadt erreicht. Eine Welt der Arbeit umgab mich. Berlin R. Arbeiter, die fernern Werkstätten zuellen, Frauen, die mit Zeitungsbullen gepackte Kinderwagen dumpfigen Wohnungen zuarrten, von wo aus Mutter, Vater und Kinder die Blätter in Hast und Eile treppauf, treppab Abmontenten zustellen. Zwischendurch Lichtscheit, Ausgelstohene, Verlorene, deren Heim Straße, Hausflur, Boden- oder Kellertreppe. Straßenbahn und Omnibus begegnete sich. Drinnen Mädchen und Männer, verschlafene, müde und verdorrte, blutarme, nöröse Menschen.

Je näher ich dem Zentrum der Stadt kam, je höher die Sonne stieg, um so aufgeregter eilten Menschen an mir vorüber, mit abgebeigten, kaskullierenden Gesichtern, als gelte es, fortirrenden Sekunden nachzuholen.

Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße: Man fängt schon wieder an, sich zu amüsieren. Mädchen streifen inmitten drängenden Lebensstromes.

Flüchtig eine stille Straße. Ich ließ den Park mit seinen schönen, weißgespannten Kalandteppichen zur Rechten liegen und schlenderte die Tiergartenstraße entlang.

Billen inmitten prachtvoller Gärten, weit abgerückt von der Straße. Bornehme Ruhe. Sorglich gehakte Kieswege, unbebeteten. Kein Kind ist über die Rasenpolster geiprungen. Blumen stehen in reifer Pracht. Die Besitzer sind auf Reisen, weilen, wo es noch schöner ist.

Aurfürstendamm: Das lacht, schwaht, prunkt und strahlt; rollt einher in Equipagen, wippt auf Rosen und schaut drein, als gehöre ihm die ganze Welt. Selbstherrliche Kinder. Bralle Weiber, Brüste, Beine, Arme. Wühende Gesundheit und Lebenslust. Schöne Frauen, kostbar gekleidet, ergehen sich unter alten, schattigen Bäumen. Kräftige Mütter mit Babys in Spigenkleidchen. Damen und Herren kehren vom Morgenritt heim.

Ab und zu ein Armer. Flüchtige Dissonanz in breit wogender Harmonie.

Mit der Straßenbahn gen Osten. Lohnklagen eilen an mir vorüber, heim von der Arbeit. Dunkler werden Straßen. Räder schließen. Nur Türen und Fenster der Destillationen bleiben hell.

An Schantischen truntertichte Männer. Menschen wie Stiere, mit finstern, dunkelgeröteten Gesichtern, hachen Stirnen. Ihre Unterhaltung brutal. Erregt unterstreichen sie ihre Worte mit Faustschlägen auf Tischplatten.

Der Fußeserwuch macht mich traurig. Ich laufe rascher durch finstere Enge. Hyänen kriechen aus Schlupfwinkeln und schleichen an Häusern entlang.

Historischer Schuppuß. Der Schuppuß von Dag u. Martin ist in der englischen Literatur vorwiegend. Sam Wells pugte mit diesem Mittel die unsterblichen Schupe von Wister Pitwick in dem Roman von Dickens. Auch George Elliot erwähnt diesen historischen Schuppuß und Carlisle benutzt ihn für einige seiner bizarren Gleichnisse. Das Unternehmen, das durch mehr als ein Jahrhundert in hoher Rüte stand, verbandte seine Gründung einem Zufall. Mr. Martin, ein Barbier von Doncaster, war ums Jahr 1770 mit einem ausgedienten Soldaten befreundet, dem er viel Gutes tat und der ihm zum Dank dafür ein Geheimmittel für das Schwärzen von Schuppen verriet, das er beim Putzen der Stiefel seiner Offiziere verwendet hatte. „Macht so ein Wundermittel und ihr werdet reich werden“, sagte der alte Veteran zu Martin, und dieser tat sich mit seinem Vetter Dag zusammen und rief die berühmte Firma ins Leben. Bis 1894 hatten die Nachkommen der beiden Gründer die Führung in der Herstellung von Schuppenmitteln. Dann aber ging es mit dem Geschäft bergab. Der hauptsächlichste Grund dafür war wahrscheinlich, daß die altmodischen Bestzer sich nicht dazu entschließen konnten, in großem Maßstab in den Zeitungen zu annoncieren. Andere Schuppußfabrikanten, die den Geist der Zeit besser erkannten, überflügelten sie durch Benutzung der Reklame, und als Dag u. Martin schließlich ihren Fehler einsehen, war es zu spät. So mußte die Firma nach mehr als 150jährigem Bestehen jetzt aufgelöst werden.

Neue Erdbohrungen in Bannhoanien haben zur Aufstellung eines neuen Rekords geführt; man gelangte bis zur Tiefe von 2258 Meter und erschloß damit eine neue gewaltige Erdgasquelle. Mit 240 Atmosphären Druck brechen täglich 6000 Kubikmeter Gas aus dem Bohrloch empor; Untersuchungen über die Natur des Gases sind augenblicklich noch im Gange. Die in der Tiefe festgestellten Temperaturen waren natürlich recht hoch; bei 2000 Meter wurden 166 Grad Celsius gemessen, und am Ende des Bohrloches etwa 180 Grad Celsius. Die Bohrungen waren z. T. durch außerordentlich harten Orefanag-Sandstein sehr erschwert, so daß man an vielen Tagen nur wenig über 4 Meter tiefer kam. Die Bohrung beanspruchte im Ganzen 31 Monate und kostete rund 150 000 Dollar.

In den Professor Leising wurde folgendes Telegramm gerichtet anläßlich des sozialistischen Studententreffens in Hamburg: Die in Hamburg verammelten Vertreter des Verbandes sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs erklären im Namen von 2 1/2, laufend sozialistischer Studenten, daß sie das Vergehen der Hannoverischen Studenten gegen Sie auf das schärfste mißbilligen. Sie bitten Sie, sich durch die Regieren untreuer Verrichten in der freien Keuzerung Ihrer Meinung in keiner Weise behindern zu lassen und hoffen, daß das verfassungsmäßig garantierte Recht der Beibrücktheit auch an der Technischen Hochschule zu Hannover unangefastet bleibt.

Helvatische Kultur. Nach einer Verordnung der griechischen Generalregierung werden in Zukunft Schindler an einer Stelle beerdigt, an der bisher Hunde vercharnt wurden. Dadurch hofft die Regierung, die zurzeit in Griechenland herrschende Schindlerpestemie eindämmen zu können.

Größliche Festlegung der Sommerzeit in England. Die Sommerzeit ist jetzt in England durch Gesetz zur dauernden Einrichtung gemacht worden. Sie beginnt in Zukunft am dritten Sonnabend des April und endet am ersten Sonnabend des Oktober. Die Kergeschaft war in ihrem Eintreten für die Sommerzeit einmütig; ihrem Einfluß ist es zu danken, daß die auch in England anlässlich nordbanden Gegenströmungen, besonders von Seiten der Landwirtschaft, überwunden wurden.

Gleichberechtigung der Berliner Wähler. Ein sozialdemokratischer Erfolg.

In dem Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin war vorgesehen, daß Wähler zur Stadtverordnetenversammlung nur derjenige ist, der mindestens ein Jahr in Berlin wohnt. Die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung müssen in diesem Jahre vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke hatte die preussische Regierung den Ständigen Ausschuss einberufen und dort beantragt, daß die Verordnung für die Wahlen vom Jahre 1920 auch für die diesjährigen Wahlen Geltung haben sollte. Der Wahltermin ist auf den 25. Oktober festgesetzt worden.

Bei Beratung dieser Verordnung ergab sich nun, daß die Berliner Wähler gegenüber den Gemeindevählern in der Provinz wesentlich benachteiligt waren. Im Jahre 1919 wurde allgemein für Preußen eine Karenzzeit von 6 Monaten für die Gemeindevahlen angeordnet. 1920 beim Gesetz von Groß-Berlin wurde die einjährige Karenzzeit für Berlin eingeführt. 1923 wurde für die gesamten Wahlen in Stadt und Land bestimmt, daß die Karenzzeit 6 Monate betragen soll. Dieses Gesetz galt aber ausdrücklich nicht für die Stadt Berlin.

Rummeier hat sich Gelegenheit, diese Schlechterstellung der Berliner Wähler zu beseitigen. Dagegen machten die Deutsch-nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei entschiedene Einwände und erklärten, daß sie einer solchen Gesetzesänderung nicht zustimmen würden. Die Befugnisse des Ständigen Ausschusses würden damit überschritten.

Die Entrechtung der Berliner Wähler hat gar keine rechtliche Begründung. Im Gegenteil, die Karenzzeit von 6 Monaten stellt die Berliner Wähler immer noch schlechter als die Wähler in der Provinz, für die die Kreiswahlwahlen und Provinziallandtagswahlen besteht keine Karenzzeit. Wer am Tage der Wahl 20 Jahre alt ist, kann wählen, wie bei den Reichstags- und Landtagswahlen. Die Stadt Berlin ist Stadtgemeinde und Provinz. Sie hat alle die Aufgaben, die die Provinzen als Kommunalverband zu erfüllen haben, durchzuführen. Würde man nun Berlin als Provinz betrachten, dann müßte die Ansfähigkeitsbestimmung überhaupt beseitigt werden. Für diesen Antrag der Sozialdemokratischen Partei war aber eine Mehrheit nicht zu haben und so mußte das Ziel dahin gestellt werden, die Gleichstellung der Berliner Wähler mit den Wählern der übrigen Gemeinden zu erreichen.

Die sachlichen Darlegungen machten bei den reaktionären Parteien gar keinen Eindruck. Das war um so merkwürdiger, weil das Wahlgesetz von 1923, das die 6monatige Ansfähigkeit einhält, auch von den Deutschnationalen im Landtage angenommen worden war. Damals ist kein Versuch gemacht worden, im Landtage die 12monatige Ansfähigkeit durchzusetzen. Das offenbare Unrecht, der Wahlrechtsraub, sollte aber gegen Berlin unter allen Umständen durchgeführt werden. Nur die Angst aber, schon vor der Antänkung, daß bei den Wahlen diese unerhörte Benachteiligung der Berliner Wähler von uns gebührend ausgeglichen und dies auf das Wahlergebnis wirken könnte, hat schließlich die Gleichberechtigung auch für Berlin herbeigeführt. Dagegen stimmten die Deutsche Volkspartei geschlossen und einige Deutsch-nationale.

Bei den nächsten Wahlen werden amtliche Stimmzettel eingeführt. Es war notwendig, auch eine andere Bestimmung des Wahlgesetzes zu beseitigen. Für Berlin werden mit dieser Wahl die Bezirkswahlen vorgenommen und neben den Kreiswahlvorständen werden Stadtwahlvorstände eingesetzt. Nach den bisherigen Bestimmungen mußte der Wähler auf dem Stimmzettel erklären, ob seine Stimme auch für die Stadtwahlvorstände gelten soll. Diese Unbilligkeit, die zur Ungültigkeit dieser Stimmen für die Stadtwahl führte, ist beseitigt worden und beschlossen, daß die für die Kreiswahlvorstände abgegebenen Stimmen zugleich auch für die Stadtwahlvorstände gelten.

Es kennzeichnet die Haltung der reaktionären Parteien, daß sie erst nach langer Beratung sich dazu bequemen, die Berliner Wähler mit den übrigen Wählern gleichzustellen. Man muß sich diese Haltung merken, denn sie entsprach einer inneren Einstellung. Durch die jährige Karenzzeit, das wählten diese Parteien ganz genau, wurde die Sozialdemokratische Partei und auch die Kommunistische Partei am schwersten benachteiligt. Das war auch die Absicht, die die reaktionären Parteien leitete, als sie der Verbesserung den heftigsten Widerstand entgegensetzten.

Robert Reinert, R. d. B.

Die preussische Amnestie.

Der von dem Ständigen Ausschuss eingesetzte Unterausschuss beschäftigte sich gestern mit dem von der Regierung vorgelegten Entwurf einer Amnestie und den dazu von den einzelnen Parteien gestellten Anträgen. Die Beratungen des Unterausschusses gelangten gestern abend zu einem gewissen Abschluß.

Es ist leider nicht gelungen, die bürgerlichen Parteien zu bewegen, grundsätzlich über die Reichsamnestie hinaus zu gehen. Es bleibt also dabei, daß für politische Vergehen und Verbrechen, die mit Zuchthaus oder mit mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe geahndet wurden, keine Amnestie gewährt wird. Ebenso wurde abgelehnt, Hochverratsdelikte zu amnestieren, wenn wegen einer solchen Straftat vorher eine Verurteilung ausgesprochen war.

Dagegen ist es unseren Vertretern gelungen, die Amnestie auch für Verurteilungen zu erwirken, die im Verlaufe wirtschafts-politischer Kämpfe oder Kundgebungen ausgesprochen wurden. Es werden also bis zur Höhe von zwei Jahren Gefängnis oder Festung alle Straftaten amnestiert bzw. die Verfahren eingestellt, die im politischen und wirtschaftlichen Kampfe begangen wurden. In den Kreis der Amnestie fallen insbesondere die Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Aufforderung zum Ungehorsam, des Auslaufs, des Landfriedensbruchs, des Hausfriedensbruchs, der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, der Sachbeschädigung, der öffentlichen Beleidigung und der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Die Amnestierung erstreckt sich bis zum 15. Juli 1925.

Es ist zu erwarten, daß der ständige Ausschuss, der heute mittag 12 Uhr zusammentritt, die Vorschläge des Unterausschusses ohne Änderung annehmen wird. Die Regierung wird dabei eine Erklärung abgeben, daß sie auf dem Wege der Einzelbegnadigung alle aus der Zeit der Inflation stammenden Verurteilungen, soweit es sich um Notdelikte handelt, die nicht aus gewinnstüchtiger Absicht begangen wurden, niederschlagen wird.

Deutsch-jüdische Optanten. Nach Feststellungen des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens befinden sich im Schnellbewährer Optantenlager auch annähernd 100 jüdische Flüchtlinge aus allen Teilen Polens. Wie ferner mitgeteilt wird, geht wegen der neuerlichen polnischen Gewaltmaßnahmen eine große Anzahl früherer blühender jüdischer Gemeinden des polnischen Landes der Auflösung entgegen, zumal rund 90 Proz. der jüdischen Deutschen Polens für Deutschland optiert haben.

Der Kampf Stinnes' mit den Banken.

Öffentliche Erklärungen der Beteiligten.

Schneller, als man erwarten konnte, hat der Konflikt zwischen Dr. Edmund Stinnes und den am Stinnes-Konzern interessierten Großbanken zu einer öffentlichen Auseinandersetzung geführt. Die Darmstädter Bank, die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft veröffentlichten dazu eine Erklärung, in der sie zunächst darauf hinweisen, daß sie sich bemüht hätten, sich ein Urteil über die Lage des Gesamtkonzerns zu verschaffen und daß sie bereits ein Drittel der Gesamtschulden getilgt haben, ohne die öffentlichen Märkte zu belasten. Dr. Edmund Stinnes wird für die Geschäftsführung und die finanzielle Lage des Stinnes-Konzerns in erster Linie mit verantwortlich gemacht. Sehr entschieden wenden die Banken sich gegen die Zustimmung, notleidenden Werten zu helfen:

„Der Standpunkt, daß es Aufgabe der deutschen Banken sei, Unternehmungen, die sich gleichwohl aus welchem Grunde, in Bedrängnis befinden, durch Herabgabe von Krediten zu unterstützen, ist unhaltbar. Es braucht nicht betont zu werden, daß, wenn die Banken dieser Auffassung folgen würden, sie in kurzer Zeit ihren eigenen Kredit, der heute mehr denn je Voraussetzung für den Kredit der gesamten deutschen Wirtschaft ist, völlig untergraben würden.“

Weiter wird berichtet, daß am 9. Dezember 1924 zu der bereits damals in der Aqa vertretenen Commerz- und Privatbank und dem Bankhaus J. H. Stein Vertreter der Berliner Handelsgesellschaft, der Diskontogesellschaft, der Darmstädter und Nationalbank und des Bankhauses Delbrück, Schickler u. Co. in den Aufsichtsrat der Aqa gewählt wurden. Diese letzteren traten am 18. Juli wieder aus dem Aufsichtsrat des Automobilunternehmens aus mit der Begründung, daß sie das zwischen Edmund Stinnes und Hugo Stinnes abgeschlossene Abkommen beanstanden müßten. Ueber die Gründe zu diesem Schritt heißt es in der Veröffentlichung weiter:

Es handelte sich einmal darum, daß die Banken Herrn Dr. Edmund Stinnes und seinen Geschäftsauffassungen nicht dasjenige Vertrauen entgegenbringen konnten, das im Verkehr zwischen Banken und ihrer Kundschaft die notwendige Voraussetzung für eine Kreditgewährung ist, zum anderen aber darum, daß die Banken als Mitglieder des Stützkonzerntums Hugo Stinnes nicht dem Aufsichtsrat einer Gesellschaft angehören konnten, deren Vorsitzender kurz vor dem Beginn der Schwierigkeiten des Stinnes-Konzerns Transaktionen vorgenommen hat, die vom Standpunkte der Banken im Interesse aller Gläubiger des Stinnes-Konzerns bekämpft werden mußten.

Die Banken haben dann weiter den Vertrag, der die Erb-schaftsauseinandersetzung des Hauses Stinnes regelt, angefochten und verlangt, daß diese Werte der Vermögensmasse wieder zur Verfügung gestellt werden:

„Es handelt sich dabei um rund nom. 4300 000.— M. Aqa-Aktien, welche die Majorität dieser Gesellschaft darstellen, um sämtliche Anteile der Teles-Gesellschaft, um die Majorität der Nordstern Allgemeine Versicherungs-A.G., um eine starke Minder-heit der Nordsternbank und ferner um die einen sehr erheblichen Wert darstellenden Anteile der Deutschen Eisenbahn-Kelme-Gesellschaft und einen bedeutenden Besitz an Aktien der Disconio- und Effektenbank, Amsterdam. Außerdem hatte sich Herr Dr. Edmund Stinnes in diesem Vertrage die Zahlung von 600 000 M. ausbedungen.“

Edmund Stinnes lehnte die an ihn von den Banken gestellte Forderung ab, es kam dann unter dem Einfluß der ihm von maßgebender Seite gemachten Vorhaltungen, also offenbar der Reichsbank, zu Unterhandlungen mit dem Bankenkonzern. Edmund Stinnes machte nun sein Angebot einer Ausfallsbürgschaft. Damit gaben sich die Banken nicht zufrieden, sondern verlangten eine Sicherstellung ihrer Ansprüche mit den auf Edmund Stinnes übergegangenem Werten:

„Herr Dr. Edmund Stinnes gab dann die Erklärung ab, daß er alle Werte veräußert habe bis auf das Paket Aqa-Aktien und die Anteile an der Teles-Gesellschaft. Es wurde von der Bankleitung abgelehnt, sich lediglich mit diesen Werten als Sicherheit zu begnügen, und es wurde schon in dieser Unterredung verlangt, daß die übrigen Werte, die nach Holland verkauft sein sollten, entweder zurückgeschafft würden, oder aber, daß deren Gegenwert, den Herr Dr. Edmund Stinnes vereinbart hatte, als Unterlage mitverwendet werden müsse. Herr Dr. Edmund Stinnes konnte genaue Aufklärungen über solche Möglichkeiten nicht geben, wollte jedoch Versuche nach dieser Richtung hin unternehmen.“

Von finanziellen Schwierigkeiten der Aqa sei damals nicht die Rede gewesen. Edmund Stinnes habe durch seine Weigerung, auf den Vorschlag der Banken einzugehen, die Kredit-schwierigkeiten beim Wert selbst herbeigeführt. Von einer Kredit-sperre der Banken könne nicht die Rede sein. Schließlich gehen die Banken ihre Kredit-sperre doch zu, indem sie sie folgendermaßen begründen:

Reichsdeutsche Hakenkreuzler in Wien!

Zum Radaumachen abkommandiert.

Wien, 18. August. (E.B.) Ein hoher Polizeifunktionär teilt in einem Abendblatt mit: Bisher sind ungefähr 100 Verhaftungen vorgenommen worden. Es steht jetzt fest, daß die Hälfte der Verhafteten keine Wiener sind. Die meisten sind aus München und Nürnberg nach Wien gereist, aber auch Leute aus Danzig, Dortmund und Elberfeld.

Im ganzen wurden gestern 21 Wachtleute, 19 Demonstranten und 15 Pferde der Wiener Polizei mehr oder weniger schwer durch Messerstiche usw. verletzt. Die Gesamtzahl der durch die Polizei Festgenommenen beträgt 132. Eine große Anzahl der Verhafteten wurde fernerhand zu 8 bis 14 Tagen Polizeiarrest verurteilt. Im Laufe des heutigen Tages ist das Konzert-hausgebäude, indem der Zionistenkongress tagen wird, von einer Polizeikommission von oben bis unten gründlich durchsucht worden, ob eventuell Bomben im Gebäude versteckt seien. Der Zutritt zu dem Gebäude wurde erst nach 5 Uhr nachmittags unmittelbar vor Beginn der Sitzung freigegeben. Da die Polizei in Anbetracht der Drohungen der Deutschpöhlischen auch heute und an den folgenden Tagen während des Kongresses in Bereitschaft bleiben muß, wird allein der öffentliche Sicherheitsdienst dem in seinen Ausgaben schwer gedrückten Staat über eine Milliarde Kronen (60 Millionen Mark) kosten.

Neue Krawallversuche.

Wien, 18. August. Mitternacht. (E.B.) Während der Tag vollkommen ruhig verlief, haben heute abend erneut Kundgebungen gegen den Zionistenkongress eingesetzt. Demonstrierende Nationalsozialisten sammelten sich gegen 9 Uhr in der Hauptverkehrs-gasse bei der Oper und am Schwarzenbergplatz. Die verschiedenen Gruppen wurden von der Polizei in die Seitenstraßen abgedrängt und zerstreut. Bis 10 Uhr wurden 16 Verhaftungen vorgenommen. Das durch eine Abordnung von Vertretern der völkischen Verbände gestellte Verlangen auf sofortige

„Der von Herrn Dr. Edmund Stinnes vorgelegte Status der Aqa erregte durch seine Ziffern erhebliche Bedenken, die noch dadurch vermehrt wurden, daß Herr Dr. Edmund Stinnes, wie sich in dieser Unterredung ergab, Vorgänge, die die Aqa betreffen und die sich auf die Verpfändung von Warenbeständen beziehen, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Aqa, der dieser Unterredung beizuwohnen, nicht bekannt gegeben hatte. Herr Dr. Edmund Stinnes hielt in dieser Unterredung im übrigen keine Angaben anrecht, daß sein Besitz an Nordstern- und Nordstern-Bank-Aktien und an sonstigen Werten verkauft sei, und daß auch die Forderung gegen die Firma Hugo Stinnes in Höhe von 6 Millionen an eine holländische Gruppe abgetreten sei. Gleichwohl mußten die von Herrn Dr. Edmund Stinnes abgegebenen zum Teil widerspruchsvollen Erklärungen die Ansicht hervorgerufen, daß Herr Dr. Edmund Stinnes nach wie vor in der Lage sei, über diese Werte zu verfügen. Im besonderen konnte Herr Dr. Edmund Stinnes nicht aufklären, aus welchem Grunde er die Werte der Nordstern-Gesellschaft zu annähernd einem Drittel des Preises veräußert habe, der zu erzielen gewesen wäre. Die Banken mußten infolgedessen die weiteren Verhandlungen davon abhängig machen, daß Herr Dr. Edmund Stinnes Aufklärungen nach dieser Richtung hin zu geben in der Lage sei. Sie haben jedoch auch in dieser Unterredung von neuem darauf hingewiesen, daß keinerlei Zusammenhang zwischen einer etwaigen Bestandsänderung mit dem Bankenkonzern als Vertreter der Firma Hugo Stinnes bzw. deren Gläubiger und einer etwaigen Hilfsaktion einzelner Banken zugunsten der Aqa bestünde. Eine solche Hilfsaktion von Seiten der Banken könne und dürfe nur erfolgen, wenn die Verhältnisse der Aqa selbst eingehend geprüft worden seien, das Unternehmen sei hierbei als lebensfähig und lebenswichtig erwiesen habe und jeglicher Einfluß des Herrn Dr. Edmund Stinnes ausgeschaltet werde. Die Banken ließen sich jedoch von Herrn Dr. Edmund Stinnes hierzu durch keinerlei Propaganda zwingen. Die Banken würden die ihnen gegenüber ihren Aktionären und Gläubigern wie auch der gesamten Wirtschaft obliegenden Pflichten verlegen, wenn sie einem Unternehmen blindlings Kredit gemäßen würden, das unter Einfluß des Herrn Dr. Edmund Stinnes steht.“

Das Unfähigkeitsattest, das hier Dr. Edmund Stinnes so bereitwillig ausgesprochen wird, steht allerdings im Widerspruch zu einem technisch-wirtschaftlichen Gutachten, das vorgestern im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wurde, und das die Frage der Kredit-schwierigkeit der Aqa in einem anderen Lichte erscheinen läßt. Gegenüber den schweren Vorwürfen, die in der vorstehenden Veröffentlichung gegen ihn enthalten sind, gab Dr. Edmund Stinnes gestern Vertretern der Presse ausführliche Auskünfte. So erklärte er, daß er seinerseits gar keine Warenvorräte verpfänden konnte, da nur der Vorstand der Aqa dazu befugt ist. Den Gegenwert der verkauften Werte habe er, soweit er über ihn verfügen konnte, als Kredit den Unternehmungen zur Verfügung gestellt, die er behalten hatte. Er bestreitet, daß er über die Werte, die verkauft worden sind, noch ein Verfügungsrecht habe. Mit großer Schärfe wendet er sich gegen die Auffassung, daß die Banken, die den Hugo Stinnes-Konzern stützten, einen Anspruch auf die Vermögenswerte hätten, die er erhalten hat. Da Edmund Stinnes b. absichtlich, auf die Einzelheiten der Bankeneröffentlichung noch in einer Erwiderung zurückzukommen, können wir jetzt darauf verzichten, auf alle Einzelheiten einzugehen.

Bei einer Schilderung der Entstehungsgeschichte des Konfliktes erklärte Edmund Stinnes, daß er aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht die Wege habe gehen wollen, den die Firma Hugo Stinnes eingeschlagen habe. Die Stellung gegenüber den Banken sei damals schon der Stein des Anstoßes gewesen. Jedoch war Edmund Stinnes von der guten Verfassung des Konzerns überzeugt, andernfalls hätte er sich nicht mit einer langfristigen Barabfindung zufrieden gegeben. Stinnes betont, daß seiner Meinung nach die Aqa rentabel und produktionsfähig sei, wenn sie dieselben Kredite bekäme wie vor zwei Monaten. Jetzt aber gibt es bereits Schwierigkeiten mit den Lieferfirmen, die die Produktion beeinträchtigen. Die Stellung der Banken ihm gegenüber sei ein Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, wie er sich aus der allgemeinen Wirtschaftslage entwickeln konnte, aber bekämpft werden müsse.

Ueberdies sind Verhandlungen mit dem Ausland über einen Aktienverkauf der Aqa im Gange. In diesem Falle würde auch das Aktiengeschäft an die Arbeiterschaft in gewissem Sinne hinfallen. Für den Fall eines Verkaufs der Aktien der Aqa an ein amerikanisches Konsortium soll nämlich dafür gesorgt werden, daß die finanziellen Interessen der Arbeiter, denen er einen Teil der Aktien habe übereignen wollen, gewahrt bleiben. Die Erklärung der Gewerkschaften zu der Übernahme der Aktien durch die Arbeiter stehe jedoch noch aus. Am heutigen Nachmittag soll eine Gläubigerversammlung stattfinden, in der man versuchen will, durch Verhandlungen die weitere Fortführung des Wertes zu sichern.

Freilassung der gestern Verhafteten wurde von der Polizeidirektion mit dem Bemerkten abgelehnt, daß diejenigen, die sich des Vergehens der Zusammenrottung oder der Aufwiegelung schuldig gemacht hätten, unabweislich bestraft würden. Das von einigen Blättern wiedergegebene Gerücht, wonach die Bundesregierung Befehl zur Zusammenziehung von Abteilungen des Bundesheeres zum Schutze Wiens gegeben habe, wird von der amtlichen Nachrichtenstelle entschieden dementiert.

Frankreichs Kolonialkriege. Frieden oder Offensive in Syrien?

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Vorgänge in Syrien herrscht noch immer Ungewißheit. „Paris Soir“ glaubt mitteilen zu können, daß im französischen Auswärtigen Amt ein Telegramm General Sarrails eingetroffen sei, nach dem die Russen in Friedensverhandlungen einzutreten wünschten. Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Beirut berichtet von französischen Truppenkonzentrationen zur Vorbereitung einer entscheidenden Schlacht gegen die Druzen. Er beziffert deren Verluste auf 2000 Mann und die Zahl der in den Lazaretten von Damaskus und Beirut untergebrachten französischen Verwundeten auf 400.

London, 18. August. (E.B.) Nach Drahtmeldungen aus Beirut haben sich die Ausfahrten auf die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Franzosen und Druzen gebessert. Die Druzen haben nicht nur eine Anzahl französischer Gefangener wieder freigelassen, sondern auch das Feuer auf die französischen Flugzeuge eingestellt.

100 Bataillone in Marokko.

Paris, 18. August. (E.B.) Nach dem Echo de Paris werden sich die französischen Streitkräfte in Marokko bis Ende August auf 100 Bataillone belaufen, von denen 79 in der vordersten Linie und die übrigen 28 in Reserve stehen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf im Baugewerbe.

Beiratslagung des Baugewerksbundes.

Am gestrigen Dienstag tagte im Berliner Gewerkschaftshaus der Beirat des Baugewerksbundes. Er beschäftigte sich eingehend mit dem in Berlin gefällten, im Inhalt bereits bekannten Schiedsspruch für das Baugewerbe. Der Bundesvorsitzende Baepflog teilte mit, daß der Bundesvorstand dem Beirat die Annahme des Schiedsspruches nicht empfehlen könne. Auch auf dieser Beiratslagung stellten sich alle Redner auf den Standpunkt, daß der Schiedsspruch unannehmbar sei. Die abschließende Abstimmung ergab die

einmütige Ablehnung des Schiedsspruches.

Dies kam zum Ausdruck durch einmütige Annahme der folgenden Entschlieung:

Der am 18. August in Berlin tagende Beirat des Baugewerksbundes nimmt Kenntnis von dem am 14. August gefällten Schiedsspruch über die Streiks und Aussperrungen in mehreren Bezirken des deutschen Reiches.

Nach eingehender Beratung kommt der Beirat zu dem Beschlusse, daß er den in Frage kommenden Bezirken die Annahme des Schiedsspruches nicht empfehlen kann, sondern im Gegenteil, die Ablehnung für geboten erachtet. Da inzwischen bekannt geworden ist, daß die Mitgliedschaften des Baugewerksbundes in Berlin, Sachsen, Mecklenburg und Baden den Schiedsspruch abgelehnt haben, besteht in den maßgebenden Kreisen des Baugewerksbundes Einmütigkeit über die Verwerfung des Spruches.

Die Tagung beschloß sich dann mit den Maßnahmen, die angeht die Stellungnahme sich für den Baugewerksbund nunmehr notwendig machen. Diese Maßnahmen werden es den Bauarbeitern ermöglichen, auch der durch die Unternehmerorganisationen angekündigten und demnächst jedenfalls zur Durchführung gelangenden Generalaussperrung im Baugewerbe zu widerstehen.

Der Kampf im Baugewerbe geht also weiter!

Wir verstehen und begrüßen den Beschluß des Beirats des Baugewerksbundes. Der im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch ist nichts als ein wohlüberlegtes Diktum des Großunternehmertums in engem Verein mit dem Reichsarbeitsministerium.

Er bedeutet einen ersten Vorstoß der geeinten Reaktion gegen die durch wirtschaftliche Not hartbedrängte deutsche Gesamtarbeiterschaft, einen brutalen Vorstoß gegen auskömmliche Löhne und alle Sozialerengenschaften des deutschen Proletariats. In diesem Kampfe sind deshalb alle deutschen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte gleich stark interessiert.

Der Vorstand des ADGB wird, sobald die Generalaussperrung im Baugewerbe perfekt ist, zur Ausführung des bekannten Beschlusses seines Ausschusses vom 12. August schreiten. Den kämpfenden Bauarbeitern Deutschlands nach wie vor unsere volle Sympathie!

Die Berliner Zimmerer.

Kritik des Schiedsgerichts und des Schiedsspruches.

In der Jubiläumsvorlesung am 17. August im Gewerkschaftshaus gab der Vorstand den Bericht vom 2. Quartal. Die Abrechnung lag gedruckt vor. An die Zentrale wurden in der Abrechnung 31 761,65 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schluß des Quartals 36 280,90 M.

Der Vorsitzende Kopschläger berichtete hierauf über den Stand der Bewegung und den zentralen Schiedsspruch vom 14. August. Der Redner betonte, daß eine solche Verhandlungsmethode, bei der dem Schiedsgericht in etwa 12 bis 14 Stunden, die Spezialverhältnisse aus etwa 12 Lohngebieten vorgetragen wurden, sich nicht wiederholen dürfe. Sollte trotz unserer Warnung nochmals zentral verhandelt werden, so müsse jedes einzelne Gebiet für sich behandelt werden.

Daß dieser Kampf über den Rahmen des Baugewerbes hinausgeht, zeigten am besten die Artikel in der „Deutschen Arbeiterzeitung“, sowie die Schreiben der großen Berliner Firmen, in denen erklärt wurde, daß Industrie, Handel und Gewerbe sich voll auf die Seite der Bauunternehmer stellen.

Die Industrie war im Schiedsgericht durch den Regierungsbaumeister Holz (Siemenswerke) vertreten; dieser Herr hatte die Aufgabe nachzuweisen, daß die Bauarbeiterlöhne gegenüber den Industrielöhnen nicht erhöht werden dürfen. Der Saisoncharakter des Baugewerbes fand keine Beachtung. Der unparteiische Vorsitzende Kammergerichtsrat Hansmann sei während der Verhandlungen zum größten Teil mit seinen Gedanken nicht dabei gewesen. Das Ergebnis sei nun dieser unsoziale, arbeiterfeindliche Schiedsspruch, der nicht wert sei, darüber zu reden. Die Verammlung erledigte den Schiedsspruch wie bereits berichtet, durch Uebergang zur Tagesordnung.

Zum Schluß ermahnte Kopschläger die Versammelten, weiterhin wie bisher geschlossen zusammenzutreten. Die jetzige Taktik gefalle den Heuer, Wielenz und Kompanie absolut nicht. Das bewiesen die täglichen Rundschreiben der Unternehmer an ihre Mitglieder, mit der Beschwörungsformel: „doch bloß um Gotteswillen den Gewerkschaftsvertrag nicht zu unterschreiben“.

Trotzdem gehen jeden Tag Hunderte zu den geforderten Bedingungen, d. h. zum Lohn von 1,40 M. pro Stunde für Facharbeiter usw., in Arbeit. Die angedrohte Generalaussperrung sei mit Ruhe abzuwarten.

Der Streik der Zimmerer in Baden und in der Pfalz.

Manheim, 18. August. (MfB.) Die gestern tagenden Zimmererversammlungen in Mannheim, Ludwigsbafen und Heidelberg haben zu dem vom Reichsrichter gefällten Schiedsspruch Stellung genommen. Die Zimmerer lehnten mit großer Entrüstung den Schiedsspruch ab. Der Kampf soll weitergeführt werden.

Militäraufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Feindes. Militärverbands, Berlin O 27, Andenstraße 21 (Königsplatz 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Bestreckschaft.

werden, bis die Forderungen der Zimmerer für Unterbaden und Vorderpfalz anerkannt werden.

Entscheidung der Leipziger Bauarbeiter.

Leipzig, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Bauarbeiter haben in einer Urabstimmung mit 4850 gegen 100 Stimmen den Schiedsspruch abgelehnt. Ebenso haben die Zimmerer mit 1165 gegen 53 Stimmen den Schiedsspruch abgelehnt. — Wegen Lohn- und Tarifstreitigkeiten sind am Dienstag vormittag die Tapezierer der Federmöbelbetriebe Leipzigs in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuzhalten.

Die Aussperrung im Berliner Mühlenengewerbe.

Der Einigungsvorschlag abgelehnt.

Die streikende Belegschaft der Humboldtmühle hat gestern samt den ausgesperrten Mühlenarbeitern den Einigungsvorschlag mit großer Mehrheit verworfen. Da sie die Arbeit nicht aufgenommen hat, geht die Aussperrung der Arbeiter in den übrigen Berliner Mühlen weiter.

Der Einigungsvorschlag bot den Streikenden keine Sicherheit, daß die nach Wiederaufnahme der Arbeit in Aussicht gestellten Zugeständnisse, für die sich Direktor Freudenheim einzusehen verpflichtete, von der Mehrheit der Mühlenarbeiter anerkannt werden. Durch die Vorbedingung, erst Wiederaufnahme der Arbeit in der Humboldtmühle, war der Einigungsvorschlag erschwert. Aber auch die vorgesehenen Zugeständnisse wurden als unzureichend erachtet.

Achtung, Transportarbeiter in Buchdruckereien!

Wir ersuchen alle in Buchdruckereien beschäftigten Transportarbeiter, aus nachstehenden bestrittenen Schriftgießereibetrieben keine durch Streikbrecher angefertigte Arbeiten abzuführen. G. Verthold, Weste-Alliance-Str. 88, E. Gursch, Smeisenaustraße 27, B. Böllmer, Friedrichstraße 226, und G. Arndt, Friedrichstraße 16.

Kollegen Abt. Solidarität!
Die Streikleitung der Berliner Schriftgießereiarbeiter.

„Protest der JdA.-Jugend.“

In der Dienstag-Ausgabe der „Roten Fahne“ wird ein „Protest der JdA.-Jugend gegen das Blutbad“ im Wortlaut einer Resolution abgedruckt, die von der „Jugendgruppe des JdA. Gruppe Südwest“, angenommen sein soll. Diese „Entschlieung“, die auch der Redaktion des „Vorwärts“ übermittelt wurde, ist in der Jugendgruppe des JdA. überhaupt nicht zur Abstimmung gekommen. Der Leiter der Gruppe ließ diese Abstimmung nicht zu. Der Einleiter, ein sehr junges Mitglied der verberlichen Methode der kommunistischen Parteizentrale, glaubte sich trotzdem ermächtigt, im Auftrage der Jugendmitglieder die in der Münchener fabrizierte Resolution der „Roten Fahne“ als angenommen zuzustellen. Aber auch ohnedem war diesem Blatte der Protest, der in Wirklichkeit garnicht erhoben wurde, zur Veröffentlichung willkommen. Die Methoden der kommunistischen Erziehungsarbeit an der Jugend führen zur Heuchelei und zum Schwindeln.

Streik der Potsdamer Gemeindefarbeiter.

Die im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband organisierten städtischen Arbeiter haben folgende Entschlieung gefaßt:

Die am Montag, den 17. August, tagende Volksversammlung der städtischen Arbeitnehmer des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nimmt Kenntnis vom Magistratsbeschlusse vom gleichen Tage und stellt fest, daß dem Magistrat an einer friedlichen Lösung der Tarifstreitfrage nichts gelegen ist. Vielmehr liegt die Absicht klar zutage, einen Konflikt unter allen Umständen mit den Arbeitnehmern herbeizuführen. Die Arbeitnehmer lehnen es ab, unter Richtlinien des deutschnationalen Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine einen Einzelarbeitsvertrag abzuschließen. Sie ersuchen den Magistrat unter allen Umständen, mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband den vom amtlichen Schlichter gefällten Schiedsspruch als Tarifvertrag zu vereinbaren. Sollte der Magistrat den Wünschen der Arbeitnehmer ablehnend gegenüberstehen, so lehnen sie jede Verantwortung ab und werden auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken. Die Bürgerschaft soll aufgeklärt werden.

Als Antwort auf diesen Beschluß hat der Magistrat einen Kurufan „Arbeitswillige“ gerichtet, die an die Stelle der durch den Streikbeschlusse „aus den städtischen Dienst geschiedenen“ Arbeiter treten sollen.

Sämtliche städtische Arbeiter treten in den Streik. Der Potsdamer Magistrat hält sich offenbar auch als Arbeitgeber zu möglichst reaktionärem Verhalten verpflichtet. Bereits seit zwei Jahren war er bestrebt, den Tarifvertrag der Gemeindefarbeiter zu verschlechtern, durch Verlängerung der Arbeitszeit, Verminderung der sozialen Einrichtungen und Beseitigung des Mitbestimmungsrechts. Im Mai kündigte der Magistrat den mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag. Eine Einigung mit ihm war in der Vorderhandlung nicht zu erzielen, da er sie nicht wollte.

Der tarifliche Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Oberpräsidenten a. D. Winnig fällte einen Schiedsspruch, durch den die Bestimmungen des bisherigen Tarifvertrages eine wesentliche Einschränkung erfuhren. Dem Magistrat sollte nun vorbehalten sein, die Arbeitszeit in den Betrieben, die zeitweilig eine längere Arbeitszeit erfordern, zu verlängern, mit Zustimmung der Betriebsleitung oder der Mehrzahl der Arbeiter. Allein der Magistrat wollte allein bestimmen und lehnte den Schiedsspruch ab. Die Arbeiterchaft entschied sich in Urabstimmung für Arbeitsniederlegung, was den amtlichen Schlichtungsausschuss veranlaßte, von Amis wegen einzugreifen. Eine Einigung mit dem Magistrat war wiederum nicht möglich.

Es wurde ein neuer Schiedsspruch gefaßt, der gegen den ersten Schiedsspruch Änderungen zugunsten des Magistrats vorsah. Die Arbeiter nahmen dennoch wie den ersten, so auch den zweiten Schiedsspruch an.

Der Magistrat lehnte auch den zweiten Schiedsspruch ab! Die von der Organisation beantragte Verbindlichkeitserklärung wurde nicht vollzogen, da die Voraussetzungen nach Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung nicht vorliegen.

Der Magistrat legte die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung dahin aus, daß ein Vertrag mit den Arbeitern nicht mehr besteht, und er vollständig frei von jedem Vertrage sei. Er benutzte diese langersehnte Gelegenheit, um mit einer Gruppe des Reichsbundes „vaterländischer Arbeitervereine“ Tarif-

bestimmungen herauszugeben, nach denen jetzt sämtliche Arbeiter behandelt werden sollen. Der Magistrat hat in diesem Vertrag ohne Zustimmung der einzelnen Belegschaften die Arbeitszeit willkürlich durchschnittlich auf neun Stunden festgesetzt. Dies bedeutet eine Verletzung der Bestimmungen über die Arbeitszeitverordnung, nach der der Magistrat nicht berechtigt ist, eine längere Arbeitszeit, als sie der bisherige Tarifvertrag vorsieht, ohne Zustimmung der Belegschaft einzuführen.

Der Potsdamer Magistrat hat diesen Kampf durch sein ganzes Verhalten heraufbeschworen. Richt zum Nutzen der Stadt.

Die Juwelenarbeiter in Pforzheim geben nach.

Pforzheim, 18. August. (MfB.) Die Juwelenarbeiter, die allein noch von allen Arbeitern der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie streikten, haben Dienstag früh beschlossen, die Arbeit am Mittwoch wieder aufzunehmen. Sie wollen in den größeren Betrieben gesondert wegen einer Zulage vorstellig werden. Es ist anzunehmen, daß daraufhin die Arbeitgeber ihre am letzten Freitag ausgesprochene 14tägige Kündigung der gesamten Arbeiterschaft zurücknehmen werden.

Tapezenerbeiterstreik in Langenhagen bei Hannover.

Die Arbeiterschaft der Tapetenfabrik Hölcher u. Kreimer in Langenhagen bei Hannover befindet sich seit dem 15. August im Ausstand, weil die Firma sich weigert, den Reichslohntarif für ihre Arbeiterschaft anzuerkennen. Die Entlohnung und die Gewährung der Ueberstundenzulage erfolgt unter den Sägen des Reichslohntarifs.

Wir bitten deshalb alle Tapezenerbeiter, den Zugang von Streikbrechern nach Langenhagen bei Hannover fernzuzhalten. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Achtung, Rohrer! Die zu morgen, Donnerstag, ins Gewerkschaftshaus einberufene Streikerversammlung beginnt abends um 7 Uhr.

Verbandstag des Verkehrsbundes.

München, 18. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der 12. Verbandstag des Deutschen Verkehrsbundes wurde am Sonntag nachmittag in München eröffnet. Der Bundesvorsitzende Schumann entbot den Kongreßteilnehmern herzlichen Willkomm und wies darauf hin, daß auf dieser Tagung der Schlüsselpunkt unter die Vereinbarung gesetzt werde, um im Interesse der Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte zu einer engeren Gemeinschaft zu kommen. Die Bedeutung dieser Tagung, wie überhaupt der Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre liege nicht mehr in der rückwärtigen Betrachtung und Bewertung der unter schwierigsten Verhältnissen geleisteten Arbeit, sondern in der

Behandlung von Gegenwarts- und Zukunftsfragen.

Der Deutsche Verkehrsbund habe alle Schwierigkeiten überwunden und seine Position gewahrt. Wenn die Organisation ein Machtfaktor im gewerkschaftlichen Kampfe geblieben sei, so sei dies der hingebungsvollen Mitarbeit der Funktionäre zu verdanken, denen der herzlichste Dank gebühre. Der Redner dankte auch den befreundeten Verbänden des Auslandes, die die Organisation in schwerster Zeit materiell unterstützten. In besonders ehrenden Worten gedachte er des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, zu dessen Ehren sich alle Tagungsteilnehmer von den Plätzen erhoben. Aber auch in den eigenen Reihen des Verkehrsbundes habe der Schnitter Tod schmerzhaft Wunden gerissen, wobei Schumann der alten bewährten, verstorbenen Kämpfer gedachte. Schwere Kämpfe ständen der Organisation bevor. Der Bund sei aber von dem festen Willen bezeugt, den Kampf ums Recht, um die Freiheit und um den kulturellen Aufstieg, um die

politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung

mit allen Mitteln zum Erfolge zu führen. Dazu bedürfe es der Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Diese zu fördern sei Aufgabe der Tagung.

Nach den üblichen Begrüßungen erfolgte die Konstituierung des Bundestages. Zu Vorsitzenden wurden Döring, Engel und Schumann gewählt. Hieran schlossen sich die Wahlen der sechs Schriftführer und der verschiedenen Kommissionen.

Am Sonntag abend war zu Ehren der Teilnehmer ein Festkommers in der Tonhalle unter Mitwirkung des Sängerbundes der Münchener Straßenbahner.

Aus der Partei.

Adolf Müller 60 Jahre alt.

Heute, Mittwoch, wird der deutsche Genosse in Bern, Genosse Adolf Müller, 60 Jahre alt. Adolf Müller, der aus Trier stammt, ging nach Studienjahren in Berlin und Strassburg, nach Reisen in Europa und Uebersee als Journalist nach München. Unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“, ist unter seiner Leitung zu einem politischen Organ geworden, das weit über Bayern hinaus Ansehen genöß, im Lande selbst gefürchtet, aber dennoch vom Gegner geachtet war. 1899 entfaltete die Partei Adolf Müller in den Bayerischen Landtag, wo jede seiner oft sehr sarkastischen Reden ein Ereignis war. Im Kriege wirkte Müller seit 1916 im Auftrage der Reichsregierung in der Schweiz für einen Verständigungsfrieden. Es war nicht seine Schuld, daß es nicht dazu gekommen ist. Seine Fähigkeiten und Verdienste hat die Regierung der deutschen Republik dadurch anerkannt, daß sie ihm den wichtigen Posten des Berner Gesandten anvertraute, auf dem er seitdem unermüdet im Sinne der Völkerverständigung wirkt. Die Glückwünsche nicht nur der bayerischen, sondern der ganzen Partei wandern nach der Hauptstadt des Schweizer Volkes zu dem bewährten Genossen, der an verantwortungsvoller Stelle als echter Sozialist für das Wohl des Reiches erfolgreich tätig ist. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat dem hochverdienten Gesandten ein Glückwunschtelegramm geschickt.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Sadorn; Feuilleton: Dr. John Schifowski; Dolores und Conzina; Iris Herzl; Anzeigen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 61, Poststraße 1. Preis 1 Billa und „Kostentilgung und Wifen“.

Erfolge und Kauflose
zur letzten Hauptziehung der Preussischen Staatslotterie
und noch zu haben in der
Lotterie-Einnahme von Karl Gehle
Berlin W., Potsdamer Str. 3, am Potsdamer Platz
9. Etage 424, 429.
Bestellungen auf Lose erster Klasse
werden schon jetzt entgegen genommen.

Ständiges Lager an
Lieferwagen mit Kasten- u. Pritschen-Aufbauten
von 200 — 400 — 700 — 1000 und 1500 kg Nutzlast
Vertreter der Fabriken: Adler—Fafnir—Opel—Protos

THEODOR RAATZ AUTOMOBIL A. - G.
Fernsprecher: Nollendorf 56—59 Berlin W 35, Potsdamer Straße 112 Telegr.-Adr.: Autoratz Berlin



Durchfahrt verboten. Der Magistrat. Zum Spandauer Bock und nach Spandau über Kirschen Allee und Reichsstraße.

Fuhrwerken, die heute über den Spandauer Berg zum Bock und weiter nach Spandau wollen, versperrt auf der Höhe der Wasserwerke eine Verbotstafel die Weiterfahrt. Aller Verkehr wird über die Kirschenallee und Reichsstraße umgeleitet.

Die Spandauer Chaussee

Objekt eines großen Straßenbauprojektes geworden. Den Besuchern der Bockbrauerei und der Rennbahn Ruhleben, den Ausflüglern nach Spandau und zur Havel wird sich die Straße in nicht allzu ferner Zeit mit vollkommen veränderter Physiognomie zeigen. Augen und Nase werden sich dann ähnlicher Dinge wie auf dem Kaiserdamm und der Heerstraße erfreuen. Wo heute eine ländliche Chaussee mit alten Baumbestand, Kastanien und Erlen, durchsetzt von Riefen des ehemals bis hier reichenden Grünwaldes, dann eine Allee mit Bepflanzung, wie alle neuen Ausfahrtsstraßen Berlins, der Freude jedes malerisch Beförderten. Schrebergärten und Kolonien werden stillen weichen müssen. Die jetzt 18 Meter breite Chaussee soll 33 Meter breit werden. Zur Planierung und Verbreiterung des Straßenzuges wird zurzeit eine umfangreiche Erdbewegung ausgeführt. Der Höhenrücken, über den die Chaussee vom Wasserwerk bis zur Brauerei führt, wird abgetragen. Eine 1000-Meter-Strecke, 8 Meter im Maximalpunkt, ergibt rund 120 000 Kubikmeter Boden. 120 Erdarbeiter, von 3 Uhr morgens bis 9 Uhr abends auf zwei Schichten verteilt, legen Feldbahngleise,

fällen Bäume, graben Erdleitungsgräben, den Eingemeiden der Großstadt, ein neues Bett. Die Truppen im Stellungskrieg verschwinden die kleinen Häuflein der Arbeiter. Die Hauptarbeit leistet ein 2-Kubikmeter-Löffelbagger, der das ganze Bild beherrscht. Hier wie überall die Maschine, die den Menschen ersetzt. Ein finsternes, schwerfällig scheinendes Lingeheuer, schraubend und dampfend, das sich durch die Erde wühlt, mit jedem Hieb 2 Kubikmeter Boden losreißt und in bereitstehende Loren entleert. 200 Häuften nimmt sie Arbeit und Brot, befördert allein bei sechzehnstündigem Betrieb 2400 Kubikmeter Erde, 150 Kubikmeter pro Stunde. Drei Lorenzüge schaffen die abgetragenen Erdmassen nordwärts ins Spreetal. Hier wird Bauland vorbereitet, ein Straßenzug aufgeschüttet, die Dahlemer Wiesen, der ehemaligen Domäne Dahlem gehörig, zwischen der Berlin-Hamburger Bahn und dem alten Fürstenbrunner Weg werden planiert. Historisches Land wird dort zugeschüttet; wie heute der Fürstenbrunner Weg, lief bis 1870 die einzige Verbindung von Berlin nach Spandau. Die Straße zog der erste Kurfürst, von Nürnberg kommend, und auch später haben die Jolken mit ihren Knechten noch oft die Gegend beglückt, Heerlager, Jagden, alles Dinge, die der Spießer schwer entbehrt.

Heute macht das ganze Gebiet den Eindruck eines Schlachtfeldes. 300 Bäume, 50-60jährig, sind schon gefällt. Um die der Chaussee anliegenden Kolonien ziehen sich immer dichter die Sandwälle. Viel Freude haben die kleinen Leute nicht an der Veränderung des Straßenbildes. Der Wind trägt den befreiten Sand über ihre Pflanzungen, Rauch und Lärm der Maschinen zerstören ihnen ihre

kurze Erholung. Die über die Chaussee nach Spandau verkehrende Straßenbahn lief die ersten Monate auf einem zu dem Zweck gelassenen Damm, nicht breiter als zwei Schienenpaare. Aber furchtbarer Gemütern kamen hier bei jedem kleinen Regen Vorstellungen von Dammbruch und abstürzenden Zügen. Für den auf der Sole stehenden wuchsen Damm, Straßenbahn und Oberleitungsmasten in phantastische Höhen. Bis zum Jahresende hofft man die Erdarbeiten durchgeführt zu haben. Dann wird nach Fertigstellung des Straßenoberbaues der Terrainspekulation Gelände in Massen zur Verfügung stehen. Aus ist's dann mit dem Joggel um die Trabrennbahn und dem Spandauer Bock der Berliner,alous und Heerstraße werden eine würdige Parallele haben.

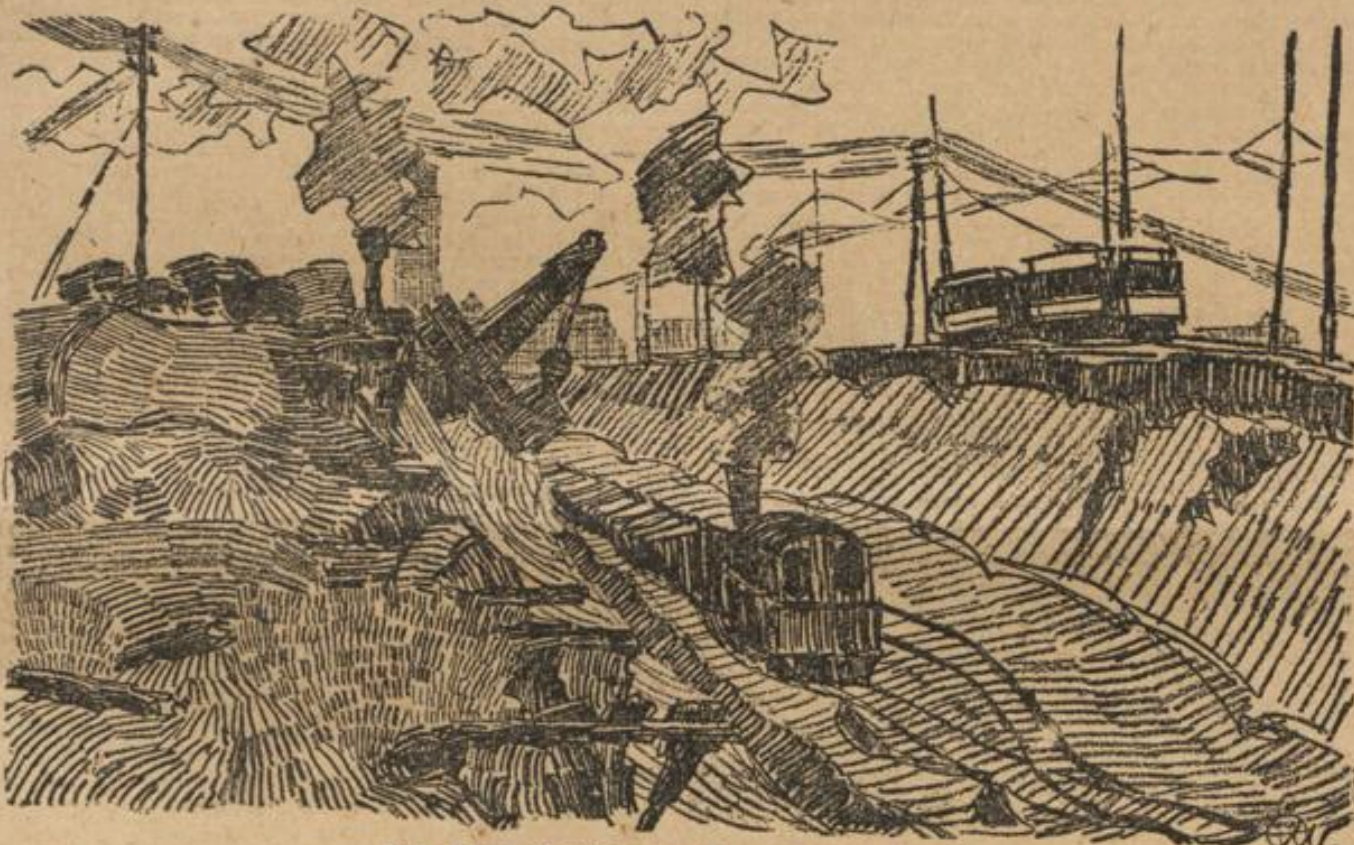


Der große Bagger.

Unser Zeichner an der Durchstichstelle zeichnete, kam eine Kolonne Rotlandarbeiter an seinem Standort vorbei. Ihren kurzen Bemerkungen und ihren Freudenäußerungen darüber, daß man sich künstlerisch am Ort ihrer anstrengenden Arbeit interessiert, machte ein hartes: „Los, Leute!“ ein rasches Ende.

Sonntags-Sonderzug nach Hamburg.

Der große Erfolg, den die am Sonntag, den 14. Juni d. J. nach Hamburg veranstaltete Sonderzugfahrt hatte, veranlaßt die Reichsbahndirektion Berlin, diese Fahrt am Sonntag, den 23. August, zu wiederholen. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 33% Proz. der Fahrpreis 4. Klasse ab Berlin für Hin- und Rückfahrt 12,80 M., von Spandau 12,30 M., von Rauen 11,30 M. Der Sonderzug verläßt den Lehrter Bahnhof um 6,20 vorm. und trifft um 11,17 in Hamburg ein. Die Rückfahrt ab Hamburg erfolgt um 6,53 nachm., die Ankunft in Berlin 12,30 nachts. In Hamburg sind Führungen durch die Hauptverkehrsstraßen der Stadt, Hafenrundfahrten mit Besichtigung der Hafenanlagen und ein Besuch von Hagenbeds Tierpark in Aussicht genommen. Reisende, die an diesen Veranstaltungen, einschließlich Mittagessen, teilnehmen wollen, müssen bei Lösung der Fahrkarte



Die Erdarbeiten am Spandauer Bock.

Das unbegreifliche Ich.

11] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Na, na, nun mußt du verständig sein, du weißt nicht, was du sagst, du bist noch viel zu klein.“

„Ach, Samuelsen ist auch nicht besser, der ist ein Schuft!“

„Hast du gelauscht?“ und gleichzeitig wurde mir eine Ohrfeige verfehlt. Sie kam so unerwartet, und ich hielt sie für so ungerecht, daß es mir Grund genug schien, laut zu schreien, obgleich es gar nicht wehgetan hatte. Und ich fing an zu heulen und mit den Beinen zu stoßen. Ich fühlte erst Erleichterung, als ich in bewußter Raserei ein Stück von meiner Schürze zerriß.

„Bist du denn vollständig verrückt?!“ schrie Mutter und griff nach mir, doch ich entschlüpfte ihr, und bevor ich es recht wußte, stand ich ohne Erlaubnis auf der Straße.

Dieses Gefühl von Vogelfreiheit überwältigte mich, und als Harry von „Suomi“ angelaufen kam und mit mir spielen wollte, hatte ich keine Kraft dazu. Ich konnte mich nur auf eine Treppenstufe setzen und mit ihm plaudern. Wenn ich mit ihm gespielt hätte, wäre es unartig von mir gewesen; doch wenn ich still sah wie ein artiger Junge, war es, als ob ich eigentlich gar nicht auf die Straße hinausgelaufen wäre.

„Da kommt die Kirchendienerin!“ sagte ich ernst. Ich hatte ihre schwarzgekleidete hohe Gestalt erblickt. Sie kam über den Platz gegangen.

„Sie maust aus der Armenbüchse,“ flüsterte Harry.

„Was tut sie?“

„Sie ist ein scheinheiliges Diebstück,“ sagt Mutter.

„Was ist sie?“

Sie wird bald rausgeschmissen werden von dem frommen

Bad.

Ich sah ihn entsezt an. Er war ein hübscher, friedlicher Junge.

„Das sagt Mutter,“ behauptete er.

„Ist sie eine Diebin?“ fragte ich.

Harry nickte und schielte verflohen zu der Kirchendienerin hin; doch ich stierte ihr gerade ins Gesicht. Sie sah wie immer aus.

„Das glaube ich nicht,“ antwortete ich. „Diebe haben immer einen schwarzen Strich auf der Stirne.“

„Aber Mutter sagt es doch! Du kannst ja mit rüberkommen und sie fragen.“

Wir standen auf und gingen über die Straße zu dem schmalen dreistöckigen Haus mit der Steintreppe. Auf den Stufen saßen einige finnische Jungen und schwatzten miteinander. Wir lächelten höhnisch über ihre unverständlichen Worte und gingen in die Schankstube herauf, wo einige Seuteleute saßen. An der Wand hing das Bild eines Segelschiffes in starkem Seegang.

„Hallo, Jungens!“ rief ein Mann in blauer Jacke und Sweater. Wir blieben vor seinen Knien stehen.

„Wenn ihr diese Hand aufmachen könnt, sollt ihr jeder zwei Dere haben,“ sagte er und legte seine geballte Faust auf das Knie.

Im Nu warfen wir uns über sie, schüttelten sie hin und her, steckten die Finger bei seinem kleinen Finger herein und versuchten sie so aufzubohren.

Am selben Tisch saß ein zweiter Mann mit einer Dame, deren eine Schulter entblößt war. Sie lachte laut und trieb uns an: „Feste, feste, was seid ihr für ein Paar Spließhörner!“

Schließlich waren unsere Finger fest eingeklemmt, und wir wanden uns so, daß wir mit den Köpfen aneinanderstießen.

„Nun wollen wir's genug sein lassen!“ lachte der Mann und nahm uns auf den Schoß. Ich lag überm Tisch und beguckte mir die großen Gläser mit gelbem Bier und die kleinen mit etwas Wasserähnlichem darin.

„Blüßt du mal kosten?“ lachte die Dame und reichte mir ihr Glas.

Ich nahm einen kräftigen Schluck, aber wie der im Munde brannte! Die Tränen stiegen mir in die Augen, und ich spie den Brantwein über den Tisch.

„Seht mal den kleinen Sprengwagen an,“ höhnte die Dame, und beide Seuteleute lachten.

„Könnt ihr nicht die kleinen Würmer zufrieden lassen. Weil ihr selbst ein paar betrunkene Schweine seid, braucht ihr sie doch nicht mit Brantwein vollzugießen, versteht ihr? Hier ist mein Haus!“

Harry sprang ängstlich dem Matrosen vom Schoß. Das war seine Mutter, die das gerufen hatte, eine große dicke Dame mit einem großen weißen Gesicht.

„Kommt mit mir, hier dürft ihr nicht bleiben! Solche verdammte Schweinerei! Wenn ihr euch nicht zusammennehmt, und du, Thora, wenn du dich das noch einmal unter-

steht, werdet ihr rausgeworfen. Das ist ein anständiges Haus hier, verstanden!“

Harrys Mutter schritt aus dem Lokal, und wir folgten ihr dicht auf den Hacken. Ihr breites schaukelndes Hinterteil überwältigte mich ganz; doch Harry, der weniger Respekt vor dessen Umfang hatte, hielt die Hände ganz weit auseinander, um mich auf seine Ausdehnung aufmerksam zu machen.

Hinter uns ertönte ein drohnendes Gelächter.

Wir gingen durch neue ruhige Küche, wo drei vollbusige Mädchen standen und abwuschen.

„Mutter, Baldemar will nicht glauben, daß die Kirchendienerin ein Diebstück ist!“ schrie Harry.

„Birst du stille fein!“ sagte die Mutter.

Doch die Mädchen lachten laut, und eine von ihnen sagte: „Du hast ganz recht, kleiner Balde!“

„Was weißt du denn davon?“ bemerkte die Mutter scharf.

„Das weiß doch jeder!“

Die Mutter ging weiter auf eine hölzerne Galerie und eine außen angebrachte Treppe herauf. Der Hof war dunkel und feucht.

Ganz oben auf der Mansarde gelangten wir in eine kleine Stube, wo Harrys Vater auf einer Chaiselongue Mittagruhe hielt. Sein langer ehrwürdiger Bart lag ihm über den Schultern, und er starrte nach Schweißhagen.

„Wenn ihr euch stille verhaltet, könnt ihr hier spielen. Zum Teufel noch mal, daß euch die dummen Biefter auch nicht zufrieden lassen können!“ brummte sie.

Man hörte raschelnde Röcke draußen auf der Treppe. Eine junge Dame mit einer hinten offenen Bluse kam herein.

„Mutter,“ sagte sie, „kannst du mir nicht die Bluse zumachen helfen?“

„Ich komme sofort, Schächchen. Du bist verdammt spät auf den Beinen. Hier habt ihr ein paar Kuchen und das Familienjournal; aber ihr dürft Vater nicht wecken.“

„Ist das deine Schwester?“ fragte ich Harry. Wir saßen beide auf der Erde und schlugen uns mit einem gebundenen Jahrgang des Familienjournals herum.

„Rec,“ grinste Harry, „das ist bloß so'ne Dame.“

Wir blätterten etwas in dem Buch.

„Es wohnen so viele Damen hier; in der Nacht kreischen sie, so daß ich nicht schlafen kann. Ich darf des Nachts nicht aus dem Zimmer gehen. Es ist zugeschlossen. Vater und Mutter gehen spät ins Bett.“

„Meine Mutter geht zeitig ins Bett,“ bemerkte ich.

(Fortsetzung folgt.)

außerdem eine Zusatzkarte zum Preise von 6 M. lösen. Der Fahrkartenerwerb beginnt am Mittwoch, den 19. August, bei den Fahrkartenausgaben Berlin, Lehrter Bahnhof, Spandau, Hauptbahnhof und Kauen, sowie bei folgenden Ausgabestellen des Mittel-europäischen Reisebüros: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Unter den Linden 57/58, Kaufhaus des Westens, Laurentienstraße 21/24. Verkaufszeit bei den Fahrkartenausgaben während der Schalterdienststunden, bei den Reisebüros in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Verkaufsschluss spätestens am Freitag, den 21. August.

Kompagniefeldwebel Friedrich. Ein Reichswehridyll Anno 1920.

Alle Erinnerungen fliegen am Montag vor dem Lichterfelder Schöpfengericht auf. Infolge der Rappistenzeit, monarchistische Reichswehrkurios, die uns leider, da sie zu alltäglich sind, nicht mehr kurios anmuten. Ein sehr schlankgebauter, sehr militärischer, noch junger Mann, der vor den Schranken steht. Eine Abenteuerphysiognomie von Intelligenz. Das war der Kompagniefeldwebel Friedrich, der allerdings seine Personalfisten aus eigenem, ohne behördliche Befristung stellt, da er keinen Paß aufweisen kann. Er diente als gefürchtete „Kompagniemutter“ im alten wilhelminischen Preußenheer, wurde dann Baltikum- und später Reichswehrmann.

Das Gericht ist recht skeptisch. Es zweifelt an der Identität. Ist er's oder ist er's nicht? Eine ganze Serie von Delikten wird Friedrich vorgeworfen. Als da sind: Aufrüstung, Sedition, Schemsverweigerung, Beleidigung von Vorgesetzten vor verammelter Mannschaft, Urkundenfälschung, Unterschlagung und Mitschuld an Mord. Als der Vorsitzende den Angeklagten fragt, ob er seine Verfehlungen zugebe, nicht er beständig mit dem Kopf und sagt la. — — — Im Lager Jossen war Friedrich im Frühjahr 1920 so eine Art Miniaturgewaltiger. Schnell, Witz und allerlei Listigkeiten bildeten seine hauptsächlichsten Merkmale. In Wilhelm von Amerongens Geburtsort, den 27. Januar, läßt er in den Abendstunden die Leute alarmieren und hält eine donnernde Ansprache, die in einem Kaiserhoch und Niederrufen auf die Republik ausmündet. (Bei einer späteren Gelegenheit feierte er aber auch den Geburtstag des Reichspräsidenten Ebert und den 1. Mai. Es kam ihm eben weniger auf die Person als auf die Gelegenheit zum Trinken an.) Auch sonst ging es im Lager Jossen bunt zu. Er wußte sich Respekt zu verschaffen, der Feldwebel Friedrich; nur mit seinem Kompagnieführer, dem Leutnant Dingelbag, stand er wie Hund und Katz. Der Leutnant machte energisch Front gegen die eingerissenen Disziplinlosigkeiten, und nun wandte sich Friedrichs Autorität gegen ihn. Der Angeklagte hatte da ein besonderes System, sich materielle Vorteile zu verschaffen, das von einigem Gauneroffizierentum zeugte. Er führte einfach die entlassenen Mannschaften auf der Etatliste weiter und kam zu erheblichen Ueberhörschummeln, die er für sich und für Mannschaften-befehlungen höchst großzügig vermaßte. Ueberhaupt sah die Regimentskasse als seine Privatbank an. Sein Grundgesetz lautete: „Wir wollen uns nicht gegenseitig betrügen — aber den Staat, wo wir nur irgend können“, wie er so wohl freimütig vor Gericht bekannte. So prägte er denn mit größtmöglicher Energie, und bei Saufgelagen der Unteroffiziere, Gendarmen und Kriminalpolizei des Lagers regelmäßig so an 80 bis 100 Flaschen drauf. Später inszenierte er eine Rebellion gegen den verhassten Dingelbag. Diese Attacke brach dem Abenteuer den Hals. Er kam 11 Monate in Haft und wurde erst freigelassen, als die Militärgerichtsbarkeit aufhörte. Die Sache ging dann an die Staatsanwaltschaft und als im März dieses Jahres ein anderer Betrug Friedrichs aufgedeckt wurde, kam man auf seine Jossener Tätigkeit zurück. Recht interessant ist es, aus den vorgelesenen „Tatberichten“ zu entnehmen, daß die Reichswehrtrupps des Sommerlagers Jossen bereits am 13. März 1920 zum „Marsch auf Berlin“ gerüstet waren.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft. Das Gericht faßte den Kompagniefeldwebel erheblich strenger an und erkannte auf 2 Jahre Zuchthaus.

Ein neuer Mord bei Oranienburg. Der Täter noch nicht ermittelt.

Ein schweres Verbrechen wurde der Berliner Kriminalpolizei aus Gernsdorf bei Oranienburg gemeldet und die Mordkommission sofort an den Tatort entsandt. Gernsdorf liegt an der Chaussee und Bahnstrecke Oranienburg—Armenen—Nauen. Dortselbst wurde der Materialwarenhändler Emil Lohmeyer in der hinter seinem Laden befindlichen Küche ermordet aufgefunden. Ein Raubmord liegt anscheinend nicht vor. Bisher konnten keine Spuren, die auf die Täter hinweisen, festgestellt werden. Es wurde zunächst folgendes ermittelt:

In der Dorfstraße Nr. 29 bewohnte der 60 Jahre alte Kaufmann Emil Lohmeyer, der im Orte geboren ist, ein kleines Haus für sich allein. Er betrieb hier einen kleinen Laden, in dem nach Dorfseite alles zu haben war. Der alte Mann verjah seine Wirtschaft ohne fremde Hilfe, pflegte wenig Verkehr und galt allgemein als ein Sonderling. Am Montag früh kamen Orisdwöhner in seinen Laden, um etwas einzukaufen. Es fiel ihnen auf, daß gegen alle Gewohnheit die Laden tür offen stand. Ihre Ruße im Laden selbst blieben auch unbeantwortet und sie gingen deshalb in die Küche, um Lohmeyer noch vorn zu holen. Beim Betreten der Küche bot sich ihnen jedoch ein entsetzlicher Anblick. Lohmeyer lag zwischen dem Herd und der Wand in einer großen Blutlache tot auf dem Boden. Ihm war der Schädel eingeschlagen. Die sofort benachrichtigte Landjägerrei alarmierte die Berliner Mordkommission. Ein inzwischen aus Oranienburg herbeigeholter Arzt stellte fest, daß dem Mann mit einem scharfkantigen Gegenstand, vermutlich mit einem Beile, 6 bis 7 Hiebe auf den Schädel verfehrt worden waren. Bis jetzt hat es noch nicht den Anschein, als ob ein Raubmord vorläge. Der Inhalt der unverschlossenen Ladentür war unangefastet. Die Veranlassung zu dem Mord wird dadurch nur noch rätselhafter, da Lohmeyer in der Gegend keinen persönlichen Feind hatte. Auf die Ergreifung des Täters wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine Belohnung ausgesetzt werden. Alle Mitteilungen nimmt die Mordkommission im Gewerbebureau Gernsdorf und im hiesigen Polizeipräsidium „Nordische Gernsdorf“ im Zimmer 547b entgegen.

Weitere Aufklärung zum Mädchenmord. Die Persönlichkeit der Toten ermittelt.

Den Nachforschungen der Mordkommission ist es gelungen, die Person des tot aufgefundenen Mädchens festzustellen. Es ist die 27 Jahre alte Luise G. aus der Chausseestraße 10. In ihren Akten nannte man sie die „Schleie-Hilde“.

Die G. war Straßenmädchen und hatte in der letzten Zeit des öfteren mit der Polizei zu tun. Sie war eine rather Zierlerin und hatte sich neuerdings auch dem Rotsaugenruß ergeben. Bei den Sachen der Toten fand man noch eine leere Schnapsflasche und mehrere Ruberts mit Kokain. Da es dem Mädchen seit einiger Zeit sehr schlecht ging, so hatte es wiederholt Selbstmordgedanken geäußert und immer hinzugefügt, daß es mit dem Rausch, dem es besonders zugetan war, gemeinsam in den Tod gehen wolle. Die Annahme, daß Ramphentoff die G. auf eigenen Wunsch erschossen hat, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, zumal in den inzwischen übersetzten russischen Abschiedsbriefen des Mörders derselbe Gedankengang zu finden ist. Er gibt außerdem eine genaue Darstellung der Vorgänge. Die beiden Leichen werden heute im Schauhaus obduziert werden. Regisseur Murnau wird nach seiner Rückkehr, die voraussichtlich heute erfolgt, von der Mordkommission eingehend vernommen werden, da

Ramphentoff anscheinend mehrere Gegenstände aus dem Besitz seines Dienstherrn verfehrt hat. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Ripper ist der Russe Gregor Ramphentoff übrigens nicht von der Kugel eines Kriminalbeamten, sondern durch einen von ihm selbst abgegebenen Schuß tödlich getroffen worden.

Kleingärtner.

Ein soziales Problem der Großstädte.

Im blauen Saal des „Rheingold“ fand gestern mittag eine Pressebesprechung des Reichsverbandes der Kleingärtner statt. Der Vorsitzende Reinhold führte ungefähr aus:

Immer mehr spitzt sich die Frage der Kleingärtner und Laubentolonisten zu einem sozialen Problem zu. Man überieht oft die tiefere soziale Grundlage dieser Frage. Trotzdem ist die Bewegung eines der markantesten Kennzeichen der Reaktion gegen die Großstadt. Die Industrialisierung des europäischen Lebens verdrängte allmählich alle Gärten, die früher die Stadt umgaben. Schon früh regte sich in manchen Städten, so in Kiel bereits im Jahre 1822, eine Gegenwehr gegen diesen, allein den Unternehmerrandpunkt berücksichtigenden Städteplan. In Berlin zeigte sich aber erst in den achtziger Jahren diese Reaktion. Immer wieder versuchten die Unternehmer die Kleingärtner weiter hinauszudrängen, denn der allmählich in Berlin unerschwinglich teuer gewordene Boden verzinst sich besser, wenn man auf ihm Mietskasernen errichtet. Und dieser Kampf gegen den Kleingärtner ist eigentlich nichts weiter als der Kampf des Großunternehmers gegen das Proletariat. Denn aus welchen Schichten setzen sich die Kleingärtner zusammen? Kleine Angestellte, Arbeiter und Handwerker suchen hier ihre Olieder, die in Schreibstuben und Maschinenfabriken gemordet sind, durch Erdarbeit zu kräftigen. Was dem jungen Manne der Sport ist, das ist dem alternden der Kleingarten. Der Großstadtmensch will fühlen, daß er nicht nur ein kleines Rad in einem unübersichtlichen Mechanismus ist. Deshalb ist im Grunde die Frage überflüssig, ob Kuh- oder Ziergärten besser seien. Die Entwicklung ging ungefähr so, daß zuerst Ziergärten angelegt wurden, die sich im Kriege in Ruhgärten verwandelten, und heute wird eine Mischung aus beiden Elementen bevorzugt. Nach einer Statistik des Bundesstaates Sachsen wurden dort im Vorjahr etwa 5500 Zentner Frischobst aus Kleingärten geerntet. Hinzu kommt noch etwas anderes; auch die Industrie gewinnt bei der Unterfertigung des Kleingärtners, denn die Errichtung der Lauben und Umzäunungen verlangt eine Menge Baumaterial; man darf nie vergessen, daß bereits heute trotz aller Schwierigkeiten, die die Magistrate der einzelnen Städte dem Kleingärtner auferlegen, 1 1/2 Millionen Kleingärten in Deutschland bestehen. Man darf in der Frage der Kleingärten niemals von dem wirtschaftlichen Gewinn ausgehen, von der Intensivierung der Bodenerzeugnisse. Das wirtschaftliche Produkt, der Gewinn, kommt erst in zweiter Linie. Die Wirkung des Kleingartens ist eher eine psychologische und hygienische als eine wirtschaftliche. Und deshalb sind die Kleingärten für Berlin eine der dringendsten Notwendigkeiten. Gerade hier im Freien fühlt sich der Großstädter wieder an die Natur gebunden, er vergißt hier sein Bohngelend und die Kinder lernen erkennen, daß es noch andere Dinge gibt als die Großstädte. Selbstverständlich ist es, daß Kleingartenanlagen in Verkehrsstraßen allmählich verschwinden müssen, aber den Kleingartenbesitzer an der Peripherie der Stadt müßte Dauer ihres Bachtigentums garantiert werden. Durch die ständige Vertreibung des Kleingärtners wird viel Volksermögen zerstört und selbstverständlich wird jeder gerne eine kleine Erhöhung der Pachtsumme auf sich nehmen, wenn ihm dadurch eine Dauer seiner Siedlung gewährleistet wird, und er sich von Schikanen jeder Behörde frei weiß. Darum Schutz den Kleingartenbesitzern!

Reichswehr exerziert vor Republikanernfeinden.

Man teilt uns aus Strausberg mit: Am Donnerstag, den 13. d. M., haben auf dem Gelände südlich der Stadt Strausberg 16 Mann vom Schützenbataillon Nr. 9, Lichterfelde, unter Führung von Leutnant Sauer vor zahlreichen Zuschauern, die sich aus Lehrern der höheren Schule sowie Stadthelfern und Jungdozenten zusammen setzten, Schauergeräusche (angeblich sportliche Vorführungen) veranstaltet. Der Führer eröffnete die Veranstaltung mit einer Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Sportes hinwies. Die Reichswehr führte zunächst Freiübungen vor. Daran anschließend Exerzieren in voller Ausrüstung, Marsch- und Gefechtsübungen, u. a. auch Handgranatenwerfen (blind). Die Abteilung führte ein leichtes M.-G. mit, welches beim Exerzieren nicht benutzt wurde. Nach Beendigung der Übungen haben die Soldaten mit Führer und den Zuschauern im Restaurant „Zur Lindenwirtin“ bis in den Morgen hinein gezecht. Die Reichswehrabteilung fuhr erst Freitag vormittag nach Berlin zurück. Es wäre interessant festzustellen, von welcher Kommandostelle und auf wessen Veranlassung die „sportliche Veranstaltung“ angeordnet worden ist. Die Tatsache, daß der Jungdozent unter Führung des Zeichenlehrers an der Realschule, Schornheim, am Freitag am gleichen Blage zum größten Teil dieselben Geländeübungen veranstaltete, läßt darauf schließen, daß die Reichswehrübungen vom Jungdozent bestellt waren. Vielleicht äußert sich das Reichswehrkommando zu diesen präzisieren Angaben.

Ein beleidigter Bürgerblockführer.

Der Buchdruckermeister Stein, der Führer der Bürgerblöcke in der Bezirksverordnetenversammlung in Köpenick, hatte vor einiger Zeit gegen unseren Genossen, den Bezirksverordneten Robbe Klage angehängt, weil dieser ihn angeblich in einer Bezirksverordnetenversammlung beleidigt hätte. Genosse Robbe hatte in der fraglichen Sitzung, die sich mit Abbaumaßnahmen beschäftigte, Herrn Stein mehrere erhebliche Infortestheiten vorgeworfen. Der Prozeß war erstmalig am 27. Mai zur Verhandlung gekommen und wegen neuer Beweisanträge vertagt worden. In der gestrigen Verhandlung in Moabit wurde auf Anregung des Vorsitzenden ein Vergleich geschlossen, dessen Fassung der Beklagte bestimmte und der dem Genossen Robbe weitestens entgegenkam. Die von dem Beklagten abgegebene Erklärung geht in der Sache kaum einen Schritt zurück. Stein nahm die Bedingungen des Genossen Robbe mit einigem Bögen und nach kurzer Beratung mit seinen Fraktionskollegen an.

Die Juristische Sprechstunde findet von heute ab bis auf weiteres täglich außer Sonnabends von 5 bis 7 Uhr statt. Sonnabends geschlossen.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 19. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5—6.30 Uhr abends: Aechtes Kinderfest der Funkkinder. 7 Uhr abends: Leopold Lehmann: „Die Wunder Ägyptens“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Dr. Richard H. Stein: „Nordische Tonkunst“. 1. Vortrag: „Die Musik Finnlands“. 8.30 Uhr abends: Konzert. 1. a) Beethoven: Menuett b) Field: Walzer (Konzertmeister Maurits Stromfeld, Violine). 2. a) Schubert: Liebesbotschaft (Kellstab), b) Schubert: An die Musik (Schobert). c) Schubert: La Pastorella (deutsch von Rehdamm), d) Schubert: Wiegenlied (Hölta) (Emmy v. Stetten, Sopran). 3. Mozart: Duo G-Dur für Violine und Bratsche (Konzertmeister Maurits Stromfeld und Hermann Spitz). 4. a) Schumann: Monatsnacht (Eichen-dorf), b) Schumann: Er, der Herrlicheste von allen (Chamisso), c) Schumann: Du bist wie eine Blume (Haine), d) Marionetten-chen (Aus „Des Knaben Wunderhorn“) (Emmy v. Stetten). 5. a) Dittersdorf: Scharze, b) Beethoven: Rondino über ein Thema (bearbeitet von Kreisler), c) Kreisler: Liebeslied (Konzertmeister Maurits Stromfeld). Am Flügel: Ludwig Preis. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungs- und Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Zeugen gesucht. Personen, die genau beobachtet haben, wie bei der ersten Agitationsversammlung der SPD im Parteipalast, Potsdamer Straße, am 27. Januar d. J. unser Parteigenosse Schuld wegen angeblicher „Richtbefolgung polizeilicher Anordnung“ zur Wache förtiert wurde, werden gebeten, ihre Beobachtungen sofort der Lokalkredation des „Vorwärts“ mitzuteilen.

Jugendwohne Neukölln. Die Lebenslandvorbereitung für die gemeldeten Kinder zur Jugendwohne findet an folgenden Tagen nachmittags 4 Uhr in der Knaben-Mittelschule Donaustraße 119 statt: Heute, Mittwoch, den 19. August, sowie am 11., 15., 18. und 25. September. Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen.

Jugendwohne Pantow. Die Lebenslandvorbereitung beginnt heute, Mittwoch, den 19. August, nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Pantow, Breitenstr. 22 (Hol, Eing. Finanzamt).

Brandunglück im Nordseebad Norddorf auf Amrum. In dem zurzeit von zahlreichen Kurgästen besuchten Nordseebad Norddorf auf Amrum brach am Montag ein Feuer aus, dem zehn Häuser und eine Scheune zum Opfer gefallen sind. Das Feuer ist, wie aus Westerland gedruckt wird, durch Funkenüberbringen aus einem schadhaften Schornstein verursacht worden und hat durch den zurzeit herrschenden starken Nordweststurm sich überaus rasch über die strohgedeckten Häuser verbreiten können. Unter den vollkommen eingestürzten Häusern, die sämtlich Kurgäste beherbergen, befand sich auch ein Hotel. Der Sachschaden ist erheblich; zum Teil sind auch Koffer und Kleidungsstücke der Kurgäste mitverbrannt. Dagegen trifft die Nachricht nicht zu, daß Kurgäste obdachlos geworden sind und auf Amrum nicht mehr untergebracht werden konnten. Sämtliche Kurgäste, die durch das Feuer ihr Quartier verloren haben, sind entweder in Wittbän oder in Rebel untergebracht.

Wetter für Berlin und Umgegend: Beschleunigt bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, Temperaturen wenig geändert. — Für Deutschland: Im Nordosten unbeständig, im übrigen Deutschland ziemlich heiter.

Arbeitersport.

Fußball.

Zum Werbeportfest in Neukölln

standen sich am Sonntag der ostdeutsche Meister „Stralau“ und „Rüstig-Vorwärts“ gegenüber. Mit dem Anstoß von Stralau entwickelte sich ein kottes Spiel. Stralau setzt sich gleich vor das Rüstig-Tor, doch alle Angriffe scheitern an der guten Verteidigung. Rüstig-Vorwärts zieht los und es gelingt ihnen durch Eckball, mittels Kopfstoß des Mittelstürmers, das erste Tor zu erzielen. Nun verteiltes Spiel, bis Stralau einen Elfmeter zugesprochen bekommt, welchen der Mittelstürmer unhaltbar einsetzt. Kurz darauf ist Halbzeit. Nach der Pause findet sich Rüstig-Vorwärts zusammen und es entstehen kritische Situationen vor dem Stralau-Tor. Rüstig erzielt eine Ecke, die der Halblinke verwandelt. Nach dem Anstoß zieht Stralau los, um den Ausgleich zu erzielen. Auf eine Flanke von rechts wird ihnen derselbe leicht gemacht, indem der Rüstig-Torwart den Ball ins eigne Netz lenkt. 20 Minuten vor Schluss bekommt Rüstig einen Elfmeter zugesprochen, welcher vom Halblinken verwandelt wird. Stralau versucht mit Radt den Ausgleich zu erringen, welches ihnen nicht gelingt. Bis zum Schluss verteiltes Spiel und der Unparteiische trennt die beiden Gegner mit dem Resultat 3:2 für Rüstig-Vorwärts.

Die zweiten Mannschaften trennten sich mit dem Resultat 2:1 für Rüstig. Das Spiel der Jugendmannschaften endete mit dem Siege der Stralauer. 4:3 lautete das Resultat.

Endspiel im Stralau-Fußballturnier.

Am Freitag, den 21. August, findet auf dem Stralau-Sportplatz in der Gohlerstraße das Endspiel im Turnier des Sportvereins Stralau statt. „Hertha 22“ und „Stralau“ sind hier die Gegner. Aus den Vor- und Zwischenrundspielen sind beide Mannschaften noch gut in Erinnerung. In der Hauptsache ist es wohl Hertha, die in den Spielen gegen Teutonia 09 bewiesen haben, daß sie mit zu den spielstärksten Mannschaften der Arbeiter-Fußballbewegung Berlins gehören. Stralau spielt mit ihrer alten, gut eingepielten Mannschaft, mit der sie die ostdeutsche Meisterschaft gewinnen konnte. Beginn des Spieles pünktlich 6 Uhr.

Internationales Sportfest des VfV. Leipzig-Südost.

Unsere Leipziger Sportgenossen hatten am Sonntag nach der Olympiade finnländische und lettische Leichtathleten zu Gast. Fast alle Wettbewerbe waren außerordentlich gut besetzt, teilweise wurden ganz ausgezeichnete Leistungen erzielt. Das Wetter war ungünstig, es regnete am Nachmittag. Im 200-Meter-Lauf stellte Rüstig mit 22,9 Sek. eine neue lettische Höchstleistung auf; im 400-Meter-Lauf konnte Seidel-Beipzig mit 53,7 Sek. eine neue Bundeshöchstleistung erzielen. Im 500-Meter-Lauf erreichte Korpi-Finnland 12,73 Meter. Im 5000-Meter-Lauf siegte Wagner-Beipzig in der Zeit von 15:46,7 Sek., Zweiter wurde Sami-Finnland 100 Meter zurück. Beim 100-Meter-Lauf wurde Eiholen-Finnland mit 11,1 Sek. Erster, Seidel mit 11,5 Sek. zweiter. Im Diskus- und Speerwurf waren die ausländischen Gäste weit überlegen. Bei den Sportlerinnen gelang es Ruschel-Beipzig mit 8,25 Meter einen Bundesrekord im Kugelstoßen aufzustellen, ebenso Anders im Scheuderballwerfen mit 32,70 Metern. Bei dem 100-Meter-Damen-Lauf siegte Interson-Leitland mit 13,9 Sekunden. Internationales Fußballspiel: Olympiamannschaft Finnland gegen Teit 5:0, gegen Gera 3:2 (1:2), gegen Forst 7:2 (4:1).

Verstum Schwimmsport „Freiheit“. Am Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, bei Deibel, Schönbauer W. 100, Mittagsessen. Buntliches Gedächtnis oder Witalieder erleben. Die Jubiläumsgesänge finden regelmäßig Sonntag und Donnerstag von 5 bis 7 Uhr im Stadthaus, Potsdamer Str. 22, statt. Vorstand: Am Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr, bei Deibel, Schönbauer W. 100, außerordentliche Generalkonferenz. U. a. Beschlußfassung über den von Vorstand erstellten Antrag betreffend Entlassung des Vereines in das amtliche Vereinsregister. Dazu Referat des Vereinsvorsitzenden H. Vullis mit anschließender Diskussion.

Der Sportverein „Eiche-Beitzke“ (Wig. b. U.S.) macht darauf aufmerksam, daß das Werbeportfest am 18. August auf Sonntag, den 20. August, verlegt worden ist. Vereine, die am 18. August schon Sonnabend hier einzutreffen und Nachtquartiere benötigen, sowie mitwirkende Vereine mögen ihre Absichten sowie Zahl der erschienenen Sportler an Richard Kiehl, Beitzke, Lindenstr. 9, senden.

Fast jeder Mensch besitzt gewisse Vorurteile.

Man sollte gegen solche „vor“ gefachte, „vor“ eilige Meinungen ankämpfen und sich bemühen, über alle Dinge zu vorurteilsfreien Ansichten zu gelangen. Viele Menschen haben zum Beispiel ein Vorurteil gegen Teer. Das ist begründlich, denn Teer ist schwarz, schmierig und hat einen unangenehmen Geruch. Dieses Vorurteil gegen Teer dürfen wir indessen nicht auf Pigeon, die bekannte, helle, angenehm duftende Teer-Haarwachsseife übertragen. Pigeon weist keine der unangenehmen Eigenschaften des Teers auf, während es die von altersher bekannte belebende Wirkung des Teers auf den Haarwuchs in vollem Umfang besitzt. Eine Haarwachsseife mit Pigeon läßt sich selbst bei besonders starkem Haar leicht vornehmen, da der reichliche Schaum mildeios von dem Haar heruntergespült werden kann. Schon nach wenigen Pigeon-Haarwachsungen verspüren Sie die wohltuende Wirkung und sind überzeugter Anhänger der Pigeon-Haarwachsseife. Zwischen Pigeon und gewöhnlicher Teer-seife ist ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Pigeon gibt es nur in den bekannten, geschlossenen Originalflaschen. Eine Flasche Pigeon, Preis M. 2,50, überall erhältlich, reicht Monate.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Stuttgart, 18. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der 14. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde am Sonntagabend in Stuttgart, wo die Wege des Verbandes stand, mit einer Feier eröffnet. Besonders herzlich wurde dabei des Vorsitzenden der Holzarbeiterbewegung, Karl Klotz, gedacht. Von ausländischen Vertretern sind erschienen: Martin Petersen und B. Jensen (Kopenhagen), Gammers (Amsterdam), R. W. A. (Wien), Halm (Zürich), Magant (Reichenberg (Böhmen)). Als Vertreter des Bundesvorstandes des DDB nimmt Genosse Knoll an der Tagung teil.

In der ersten Sitzung des Verbandstages begrüßte Petersen (Kopenhagen) als Vertreter des skandinavischen Holzarbeiter-Sekretariats, das 70.000 Arbeiter umfaßt, den Verbandstag, zugleich im Auftrag der übrigen ausländischen Delegierten. Er sprach besonders den Dank der dänischen Kollegen für die Unterstützung in dem schweren dänischen Arbeitskampf aus. — Anschließend wurde ein Begrüßungsschreiben des am Erscheinen verhinderten Sekretärs der Internationalen Holzarbeiter-Union, Woudenberg (Amsterdam), und ein Begrüßungstelegramm des Zentralkomitees der russischen Holzarbeiter verlesen.

Der Bericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Tarnow. Er wies auf die außergewöhnliche Geschäftsperiode hin, die durch die Leistungen des Zusammenbruchs und des Neubaus der Währung charakterisiert ist. Sie machte häufig außergewöhnliche Maßnahmen notwendig, für die der Vorstand die Verantwortung meist allein übernehmen mußte. Die Finanzlage des Verbandes war im Herbst 1923 katastrophal und erforderte einschneidende Spar- und Abbaumaßnahmen, die auf die Entwicklung des Verbandes nicht ohne Einfluß bleiben konnten. In dieser schweren Zeit war die Unterstützung durch die ausländischen Kollegen besonders wertvoll. Der Unterstützungsbetrag von 50.000 Goldmark für den Verband ist inzwischen an die Internationale Union als Fonds für ähnliche Fälle zurückgezahlt worden. Die schweren Opfer, die von den Mitgliedern, besonders durch Einstellung der sozialen Unterstützungen, gefordert waren, wurden in dem schweren Kampf, den der Verband in diesem Jahre zu führen hatte, reichlich belohnt. Seine siegreiche Durchführung wäre ohne die bereitgestellten Kampfmittel nicht möglich gewesen. Die Ausgaben im Jahre 1924 für Kampfwende betragen annähernd 3.000.000 Mark und werden in dieser Höhe nur durch die Ausgaben des Kampfesjahres 1907 erreicht. Auf den Kopf des Mitgliedes betragen die Ausgaben 9,57 M., womit der Holzarbeiterverband an der Spitze aller Verbände steht. Neben dem günstigen Fortgang der Mitgliederbewegung ist besonders erfreulich die Neubelebung des Verbandes.

die in der regen Mitarbeit der Mitglieder zum Ausdruck kommt. Der Ausschluß von 49 Mitgliedern war notwendig wegen Verstoßes gegen Verbandsbeschlüsse. Es wurde dabei mit äußerster Zurückhaltung und Nachsicht verfahren und nur soweit vorgegangen, als durch die kommunisistischen Treibereien der Bestand der Bewegung gefährdet war. Die Teilnahme des Kollegen Freiburger (München) an der Arbeiterdelegation für Rußland, als deren Führer er tätig ist, wurde näher beleuchtet. Die russische Presse erklärte Freiburger als „Vizepräsidenten des Rates der Gewerkschaften Bayerns“.

Tarnow drückte wiederholt den Wunsch nach einem einheitlichen Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt aus. Es sei aber Sache der russischen Organisationen, den Nachweis zu liefern, daß sie die notwendigen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit, die besonders Voraussetzungen des Vertrauens sind, erfüllen. Schließlich berichtete Tarnow kurz über die Ergebnisse der Bildungsarbeit und die Tätigkeit der Vertrauensunternehmungen. Zum Schluß sprach er besonderen Dank den ehrenamtlich mitarbeitenden Kollegen aus, den er aber auch auf die Arbeit der Angestellten des Verbandes ausdehnte.

Den Rassenbericht erstattete der Hauptkassierer Lehmann, den Bericht des Verbandsausschusses Haut, den Bericht der Holzarbeiter-Zeitung deren Redakteur Kasper, den Bericht der Pressekommission Kollege Hanke (Berlin), der sich zum Wortführer der Wünsche der kommunisistischen Opposition machte, die allerdings infolge ihrer Schwäche im Holzarbeiterverband völlig bedeutungslos ist.

In der anschließenden Aussprache kam fast ausnahmslos Zustimmung zu der Tätigkeit des Vorstandes zum Ausdruck. Vereinzelt ungeschickliche Kritik von kommunisistischer Seite wurde von den Delegierten selbst entschieden zurückgewiesen, wobei geradezu drastische Beispiele der gewerkschaftsfeindlichen und arbeiterräterischen Tätigkeit der Kommunisten mitgeteilt wurden. Eine Reihe von Wünschen kam zu organisatorischen Fragen zum Ausdruck, darunter mehrfach die Forderung nach Wiedereinrichtung der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Zentralvorstand.

Verbandstag der Lithographen.

Am Donnerstagnachmittag wurde ein Referat des Kollegen Herbst über die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den graphischen Berufen entgegengenommen. Herbst stellte die Forderung auf: Änderungen in der Betrachtungsweise zur Arbeit. Arbeit und Technik ist theoretisch zu beherrschen. Man hat in jedem Arbeitsgang selbständig zu denken. Nur so kann höchste Leistungsfähigkeit entwickelt werden. Höhere Entwicklung der Arbeitskraft verschafft dem Arbeiter eine Position, die ihn instand setzt, seinen Willen durchzusetzen. Eine Änderung in der Betrachtungsweise der Arbeit kann nur durch eine bessere Ausbildung erreicht werden. Weitere Ausführungen machte Kollege Herbst noch über den technischen Organisationsbereich. Nach eingehender Debatte wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Der Verbandstag befähigt die mit dem Verband Deutscher Buchdrucker vereinbarten Richtlinien, soweit diese die Einstellung von Buchdruckern als Leberläufer in den indirekten Fischdruck betreffen. Der Verbandstag fordert, daß der Lebertritt solcher Leberläufer in unseren Verband spätestens nach drei Monaten zu erfolgen hat. Die technischen Veränderungen in der Herstellung graphischer Erzeugnisse erfordern eingehende Beobachtung.“

Dem Vorstand wurde Vollmacht erteilt, im Benehmen mit dem Beirat des Verbandes alle Vorbereitungen zu erfüllen, die ausgiebige Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift gewährleisten. Die Vollmacht erstreckt sich auch darauf, zur Anstellung eines geeigneten Kollegen für die Bearbeitung technischer Fragen zu schreiben, wenn die Notwendigkeit hierzu gegeben ist. Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, an allen Arbeiten auf diesem Gebiete tatkräftig teilzunehmen. Der

Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und der Weiterbildung der Gehilfen ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Das Organisationsgebiet erstreckt

sich für unseren Verband auf alle Arbeitsgeräte des Flach- und Tiefdrucks sowie auf alle Arbeitsmethoden der Bilderzeugung.

Weiter wurde dann der Punkt Satzungsänderungen behandelt. Folgende Entscheidungen wurden angenommen. Zur Leitungsfrage:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen ist die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Aus ihr resultieren die Kämpfe, die der Verband ununterbrochen führt. Diese Kämpfe können aber nur mit Erfolg geführt werden, wenn neben der geistigen Bereitschaft der Kollegen auch dem Verbande durch Leistung von Beiträgen die notwendigen finanziellen Mittel zugeführt werden. In der Vorzugszeit wurde als wöchentliche finanzielle Leistung an den Verband die Entrichtung von zwei Durchschnittstundenslöhnen als Wochenbeitrag für notwendig erkannt. Der Kölner Verbandstag bestätigte erneut, daß der Verband seine Verpflichtungen nur erfüllen kann, wenn auch in Zukunft zwei Durchschnittstundenslöhne als Vollzeitbeitrag

wöchentlich an den Verband entrichtet werden. Er beantragt deshalb Verbandsvorstand, Verbandsauschuß und Verbandsbeirat, die Entwicklung scharf zu beobachten und nach Veränderung der Einkommensverhältnisse der Kollegen eine Ausgleichung des Beitrags und der Unterstützungssätze nach den satzungsgemäßen Bestimmungen vorzunehmen. Der Vollzeitbeitrag wird deshalb vom Beginn des 4. Quartals 1925 auf 2 M. festgelegt.“

Zum Kampffonds: „Der Verbandstag bekennt sich zu der Anschauung, daß der Kampffonds mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu stärken ist. Der Beitragsanteil für diese Zwecke muß durch entsprechende Maßnahmen unter Berücksichtigung der notwendigen Unterstützungseinrichtungen vergrößert werden. Der Verbandstag begrüßt die vom Verbandsvorstand bereits unternommenen Schritte und verpflichtet die zentralen Körperschaften, je nach Lage der Verhältnisse diese Bestrebungen mit allem Nachdruck fortzuführen.“

Neu geregelt wurden auch der Ausschluß, das Auskunftsweesen, die Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden-, Witwenunterstützung, das Sterbegeld. Die Erhöhung der Unterstützungssätze ist sehr wesentlich. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Verbandsangestellten. Der Verbandsvorsitzende Haß schloß mit einem zündenden Schlußwort den Verbandstag der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe, der eine Woche lang schwere und für die Organisation gewiß fruchtbringende Arbeit geleistet hat.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind bei den Parteisekretariaten, Berlin S.W. 61, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Elternarbeitäre Groß-Berlin.

Wichtige Sitzung Donnerstag, den 20. August, 7 Uhr, im Diskussions-saal des Jugendheimes Eintracht, 3. 2. Hof, 3. Et.

- 1. Kreis Mitte. Sonnabend, den 22. August, findet im Berliner Trainer, Rosenstraße 7-9, ein großes Rollspiel statt. Männerchor, Kinderchor, Chor, Ballett, Varietéprogramm. Beginn 4 Uhr. Karten im Vorverkauf 50 Pf. (an der Kasse 75 Pf.) sind noch zu haben bei: H. Heilmann, Kienmannstr. 5; Berth. Engelster 2; Bertha, Minierstr. 20; Dorothea, Seinenstraße 11 und bei Dohms, Schlegelstr. 9.
- 2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 21. August, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Pauls, Breitenweg, Ecke Mittelstraße.
- 3. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 20. August, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in der Aula des Schiller-Gesamtschulens. Schillerstraße 26. Vortrag des Gen. Vorabam über „Jugend und Sozialismus“.
- 4. Kreis Tempelhof, Marienbof, Marienbof, Hohenstraße, Donnerstag, den 20. August, abends 8 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Volkshausgebäude. Zimmer 10, Marienbof, Hohenstraße. Besondere Vorbereitung zum Sommerfest. — Sonntag, den 23. August, Sommerfest im Tempelhof, Hohenstraße. Beginn 3 Uhr. Konzert, Geländespiel und Tanz, Geländespiel, große Verlosung. Eintritt 50 Pf., an der Kasse 75 Pf. Arbeitlos frei.
- 5. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, den 21. August, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Heiler, Türkenstr. 14.

Heute, Mittwoch, den 19. August:

- 20. 8 Uhr Mittelgliedererversammlung im Alterheim Donsiger Str. 22. Vortrag des Gen. Sekret. Heilmann: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- 21. 8 Uhr Rollspiel bei Pauls, Breitenweg, Hohenstraße.
- 22. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Arzner, Seemannstr. 1. Stellungnahme zu den Stadt- und Bezirksvereinsangelegenheiten.
- 23. 8 Uhr Rollspiel bei Heiler, Türkenstr. 14. Rollspiel: 3 Uhr Zusammenkunft des Elternvereins im Volkshausgebäude Berner Straße. Vortrag über „Schule und Kinderfreunde“. Referent Genosse Irma Engelstein.

Frauenveranstaltungen Donnerstag, den 20. August:

- 66. 8 Uhr Rollspiel. 7 1/2 Uhr bei Künze, Johann-Seorg-Str. 15. Thema: „Das Erwachen mit den Stadt- und Bezirksvereinsangelegenheiten“ Referent Genosse Baumob.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 19. August, 7 1/2 Uhr:

- Abt. 1. Abteilungsfeier! Die September-Programme müssen unbedingt heute abgeliefert werden.
- Abt. 2. Abteilungsfeier! Heute von 5-7 Uhr Beitragsabrechnung. Ausgabe von „Jugend notan“ und „Arbeiter-Jugend“.
- Abt. 3. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 4. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 5. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 6. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 7. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 8. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 9. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.
- Abt. 10. Rollspiel: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune“.

Werbeblatt Obersee. Donnerstag, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Albrecht, Vorstandsitzung. Gäste: 1. und 2. Vorstehenden müssen erscheinen. Berichtsbogen sind mitzubringen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeblickstr. 37/38. Hof 3 Et. Gausserhaus. Die Kameraden werden ersucht, sofort mit ihren Kameradschaftskarten und Geld von der Verlosungsfeier abzurufen. — Kameradschaft Kleeblätter. Sitzung Kameraden, die an der Veranstaltung in Berlin am Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. August, teilnehmen wollen, melden sich bei Kamerad Jander, Schlegelstr. 9/10. — Kameradschaft Kleeblätter. Treffen der gesamten Kameradschaft Donnerstag, den 20., abends 7 Uhr, vor dem Bezirksrat zum Reichstag in der Städt. Halle. Freitag, den 21., 7 1/2 Uhr, Stammtisch und Weiler Vereinsrat. Samstag, den 22., Treffen der gesamten Kameradschaft beim Familienangehörigen morgens 7 Uhr vor dem Bezirksrat zum Familienrat nach Gohrau. — Kameradschaft Ober. Riederichsstraße, Johannisthal. Donnerstag, den 20. August, pünktlich 6 1/2 Uhr, Treffpunkt der Sportler zum Uebungslauf (Sofette) Wilhelmshofstr. 16. Spielplatz Kameraden, die als Helfer mitwirken wollen, treffen sich 7 Uhr abends bei Heiler, Türkenstr. 14. — Kameradschaft Kleeblätter. Donnerstag, den 20. August, abends 7 Uhr, Antreten Untergrundbahnhof Hohenzollernplatz zur Teilnahme an der Rundgebung in der Städt. Halle, Albrechtstr. Die Sportübungen fallen an diesem Tage aus. Die beteiligten Kameraden werden nochmals an eine schlaunle Erdringung der Einmannen und Ausgehen an-mals an der Verlosungsfeier erinnert. — Kameradschaft Albrecht und Unter-

gruppen. Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer des Städt. Theaters Albrecht, erweiterte Vorstandssitzung mit Aus- und Gruppenführern. Auch müssen sämtliche Untergruppen vertreten sein. — Kameradschaft Kleeblätter. Donnerstag, den 20. August, abends 7 Uhr, Antreten sämtlicher Kameraden zur Rundgebung in der Städt. Halle, Albrechtstr. 16, Ecke Bernhauer Straße. Sonntag, den 23. August, vormittags 11 1/2 Uhr, Treffen sämtlicher Kameraden, auch Kameradschaft Kleeblätter, Albrechtstr. 16, Ecke Bernhauer Straße. Nachrichtenblatt laden ein. Können aus mitzubringen. Erscheinen Ehrenpflicht. — Kameradschaft Kleeblätter und Untergruppen. Albrechtstr. 16, Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, bestimmt bei Albrecht.

Beirat des Reichsbanner für Kameradschaft. e. B. Bezirk Kleeblätter. Mit-gliederversammlung Mittwoch, den 19. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Kleeblätter. Referent: Heiler. Tagesordnung: „Was hat das arbeitende Volk von der Arbeit zu erwarten?“ Referent Rudolf Zimmer-Berlin. Kleeblätter, Kleeblätter.

Der Kleeblätter-Verein (Verein Volkstanz) hat nach den Ferien seine Lehrgänge im Jahn-Kampfbühnen, Marktstr. 2, an jedem Mittwoch von 8-10 Uhr wieder aufgenommen. Gesangslehre Herren und Damen finden Aufnahme.

Vereinigung für Schilf- und Grünschnitten. Berlin-Preussen. Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, im Finkenloof der 6. Kreispolizei-Gemeinschaft, Wilhelmstr. 20, 3. Et., Vortrag: „Für Verhütung der Grünschnitten“. Referent: Reitermannstr. Döke. Eintritt frei.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, den 18. August.

- 1. Rennen: 1. Kitzgrat (E. Hoffmann), 2. Glad Bridge (Kolen-franz), 3. Heib (Gangwolf). Toto: 67:10. Platz: 12, 11, 12:10. Ferner liefen: Kinnabo, Sambalot, Bellabone, Laletta.
- 2. Rennen: 1. Freckdachs (Albers), 2. Gourmel (O'Reill), 3. Hoch-kapler (R. Dreihig). Toto: 28:10. Platz: 15, 18, 36:10. Ferner liefen: Berth. Imprelario, La Bourre, Warguis, Regina II.
- 3. Rennen: 1. Pompejus (Dahms), 2. Eddur (Mein), 3. Breda (Korte). Toto: 23:10. Platz: 21, 27:10. Ferner liefen: Tirano, Runtler.
- 4. Rennen: 1. Theodor (Dahms), 2. Double Hind (S. Biume), 3. Wige Double (S. Biume). Toto: 26:10. Platz: 14, 15, 55:10. Ferner liefen: Bajunare, Warde, Van Robert, Katschke.
- 5. Rennen: 1. Ich dien (Barga), 2. Glotzbe (D. Müller), 3. Turba (H. Korte). Toto: 17:10. Platz: 14, 28, 33:10. Ferner liefen: Wölber-berg, Stangenlonne, Sturmwind, Ping Pong, Lort, Duednan, Teckkraft, Kuntst, Hans Ull, Ull II.
- 6. Rennen: 1. Elin (Dahms), 2. Marimburg (Barga), 3. Gannum (Mein). Toto: 18:10. Platz: 11, 12, 13:10. Ferner liefen: Zeita, Sternschnuppe, Goldenes Horn, Gruburg, Renor.
- 7. Rennen: 1. Ulan II (D. Kuntst), 2. Kullbof (Dahms), 3. Herth-hum (S. Schmidt). Toto: 11:10. Platz: 38, 22, 15:10. Ferner liefen: Rasdel, Räuberhauptmann, Licht Albersch, Paulus, Rasdel.

Geschäftliche Mitteilungen.

Österreichische Mode-Extraktanten. Die neueste Modetabelle der österr. amerikanischen Damen ist — leuchtendes Haar bei natürlichen Gärtenlehen. Das Haar wird zunächst dadurch locker und wie Seide glänzend gemacht. Das Haar wird dann mit Wasser gewaschen, dann mit Seife gewaschen und mit großer Vorsicht getrocknet, worauf ein feines Öl über das Haar gegeben wird. Der Effekt soll sofort zu sehen sein. Sie erfahren leider nicht, ob diese Mode auch für den „Publikum“ geeignet ist.

Der- und Vorkursivklub Kleeblätter. Der Hauptstrom der Ausfälle ist vor-über und kommt leicht die Zeit, wo der Geist einen ruhigeren Ausfluss hat ge-wonnen kann, wobei alle sonstigen Unannehmlichkeiten, wie Armut, verschiedene Veranlassungen, Theater usw., nach in vollem Umfange geboten werden. Auch bieten die kommenden Verhältnisse, wo der Geist auf dauernd ruhiger Weise zu ruhen ist, jedem Naturfreund in unseren herrlichen Anlagen ein fernsichtliches Bild. Als 1. September werden auch die Preise für Aus-zug und Winterabzug etwas ermäßigt und in Aussicht am Frühlingshäusern in reichlichem Maße und zu mäßigen Preisen vorhanden.

Gedenken zum Sterbetage
Am 19. August vorigen Jahres ging unsere innigstgeliebte Mutter
Elisabeth Radtke
geb. Noll
nach kurem Krankenlager von uns in die Ewigkeit.
Ihr von starker Willenskraft erfülltes Leben war schlicht und selbstlos, nur Arbeit, von trüben Zeiten nicht verschont. Das treue Mutterherz unangah von Liebe und Güte. Wer das reiche Wirken der Eltern kannte, wird mit uns diesen Tag in weher Trauer gedenken und ermahnen, wie unendlich viel wir alle durch Ihren Heimgang auf Erden verloren haben.
Reichenberger Straße 57 Die Kinder.

Deutscher Metallarbeiterverband, Berlin
Bezirksleitung des 17. Bezirkes.
Am 14. August verstarb unser
langjähriges Mitglied, der Kollege
Friedrich Ehrenpreis
Ehre seinem Andenken.
Die Einäscherung findet am Mit-woch, den 19. August, nach 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Von der Reise zurück
Dr. Erich Wossidlo
Nieren-, Blasen-, Harnleiden,
+ A. Sonnab. 8-11 Am Karlsbad 1a.
Erfinder — Vorwärts
treibende gute Verdienstmöglichkeit!
Kultierung und Anreicherung gebt. Verdienste
„Ein neuer Geld“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin,
Königsberger Straße 71.

Kaufen Sie jetzt
Sie sparen Geld!

Für stärkste Figuren! Beste Qualität!
Wundervolle Seidenplockmäntel jetzt noch 180.-, 140.-, 90.-, 60.-
Palmetal, Prachtstücke . . . 1200.-, 900.-, 600.-, 300.-
Uleer, Modells, weiche, mollige Qualitäten,
mit und ohne Pelz . . . 99.-, 65.-, 42.-, 30.-, 20.-

Jetzt!!!
Seiden- und Ottomane Mäntel 65.-, 42.-
Burburymäntel 99.-, 30.-, 27.-
Tuchmäntel in 3 Serien 45.-, 25.-, 19.-
Kostüme u. Complets in 4 Serien 69.-, 55.-, 42.-, 35.-
Gummimäntel für Damen und Herren 27.-, 15.-
Sommerkleider 15.-, 12.-
Jumper, kunstseidene 3.50

Extra-Abt. Frauermagazin
Westmann
Mohrenstraße 37a · St. Frankfurterstr. 115

Ata **Henkel's Scheuerpulver**

Gebrauche Ata — und im Haus
lebt's stets bei Dir wie Sonntag aus!
Mit Ata kannst Du alle Sachen
Blitzblank und appetitlich machen!
Ata putzt und scheuert alles!

Amerikanische und deutsche Getreidepreise.

Vor der Inkraftsetzung der Zölle.

Die Preisbewegung für Getreide in den Vereinigten Staaten, die für das von überseeischen Lieferländern abhängige Europa größte Bedeutung hat, ist im Kampf um die Zollvorlage oft für Beweisführungen herangezogen worden. Insofern wurde von agrarischer Seite immer wieder auf eine sinkende Tendenz und auf die „Gefahr“ eines katastrophalen Preissturzes am Weltmarkt hingewiesen. Dagegen erklärte zum Beispiel noch Ende Juni der Kieler Professor Harms in einem Vortrage im Hamburgischen Ueberseehaus (siehe auch im Druck unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben der deutschen Handelspolitik“ bei Gustav Fischer in Jena): „Prognose ist Parallelen, auf dem man leicht ausruft. Im ganzen darf im Hinblick auf das, was künftig sein wird, nur mit Wahrscheinlichkeiten gerechnet werden. Die Wahrscheinlichkeit aber spricht auf Grund aller Beobachtungen, die wir machen, mehr dafür, daß wir einer Zeit hoher, als einer Zeit niedriger Getreidepreise entgegengehen.“ Professor Harms fügte dem jedoch hinzu, es sei nicht völlig ausgeschlossen, daß die jetzt im Schnitt befindliche Weltmarktlage die Wirkung habe, die Weltmarktpreise für Getreide stark zu drücken.

Inzwischen sind wir klüger, weil wir bereits einen Teil der beeinflussenden Preislinie sehen, ohne damit aber eine sichere Voraussicht über den Gesamtverlauf der Preisbewegung in der neuen Versorgungsperiode zu haben. Die Preisbildung in den Vereinigten Staaten war lange Zeit hauptsächlich von der spekulativen Auswertung einer für die Zeit vor Einbringung der neuen Ernte erwarteten internationalen Versorgungsnotlage bestimmt. Infolgedessen notierte Getreide zur Lieferung in den letzten Monaten des vergangenen Versorgungsjahres besonders hoch. In spekulativer Ueberheißung vorweggenommener Notstandspreise gelangte an der Börse von Chicago der Weizen am 28. Januar auf einen höchsten Preis von 205 Cents je Bushel für Raiffeuerung. Dieser Preis lag 128 Proz. über dem Jahresdurchschnittspreis 1913 in Chicago und (in der Umrechnung auf Tonnen und in Mark) 60 Proz. über dem zollüberhöhten Berliner Durchschnittspreis des Jahres 1913. Die in der Folge eingetretene Abschwächung des Weizenpreises in Chicago kam deshalb nur als Berichtigung einer spekulativen Ueberbewertung gelten.

Um so bedeutungsvoller ist die Preishöhe, die nach der Berringerung der spekulativen überhöhten Preise bestehen geblieben ist. Darüber informiert die folgende Tabelle. Es kostete an der Börse in Chicago Weizen:

im Durchschnitt	Cents je Bushel	Liefertermin	mehr als 1913
des Januar 1925	188,40	Mai	109 Prozent
des Februar	189,40	Mai	110
des März	171,85	Mai	91
des April	150,40	Mai	87
des Mai	166,25	Mai	85
des Juni	157,75	Juli	75
des Juli	152,60	Juli	70
der 1. August-Hälfte	161,45	Septbr.	70

Es hat also tatsächlich ein Preisabbaufestgefunden, aber die abgebauten Preise liegen weit über den Vorkriegspreisen. Dabei ist charakteristisch, daß sich die Preise nach dem Tiefstand im April wieder erhöhen konnten und im August nach einem erneuten Rückgang trotz größerer Sicherheit über den Ausfall der neuen Welt-ernte erheblich über dem Aprilpreis lagen. Im Verhältnis zum Berliner Durchschnittspreis im Jahre 1913 stellten sich die Preise für Weizen in Chicago (umgerechnet in Mark und je Tonne) wie folgt:

im Durchschnitt	Cents je Bushel	Liefertermin	mehr als 1913
Januar 1925	290,75	Mai	46 Proz. mehr
Februar	292,80	Mai	47
März	265,20	Mai	33
April	232,10	Mai	17
Mai	255,45	Mai	26
Juni	243,45	Juli	22
Juli	235,50	Juli	18
1.—15. August	248,15	Septbr.	25

Die amerikanischen Weizenpreise garantierten also der deutschen Landwirtschaft bisher höhere Preise, als sie im Jahre 1913 einschließlich des Zollprofits erhielt.

Anders gestalteten sich die amerikanischen Roggenpreise. Roggen gelangte ebenfalls am 28. Januar auf einen höchsten Preis von 180,75 Cents je Bushel. Dieser Preis war weit stärker gesteigert gegenüber dem Durchschnittspreis von 1913 als der Weizenpreis. Er lag nicht weniger als 187 Proz. höher, und die Spanne zwischen Roggen- und Weizenpreis, die 1913 im Durchschnitt 30 Proz. des Weizenpreises betragen hatte, sank auf weniger als 14 Proz. In der Folge hat auch der Roggenpreis eine starke Senkung erfahren, und zwar stärker als der Weizenpreis. Es kostete an der Börse in Chicago der Roggen:

im Durchschnitt	Cents je Bushel	Liefertermin	mehr als 1913
des Januar 1925	164,55	Mai	161 Prozent
des Februar	164,45	Mai	161
des März	135,00	Mai	114
des April	111,20	Mai	77
des Mai	119,60	Mai	90
des Juni	109,45	Juli	74
des Juli	95,95	Juli	52
der 1. August-Hälfte	105,25	Septbr.	67

Trotz starken Preisabbaus sind also die Chicagoer Roggenpreise ebenfalls weit über den Vorkriegspreisen stehengeblieben. Wenn sie trotz der zu erwartenden russischen Konkurrenz im August stark anziehen (für Dezember-Lieferung stärker als für September-Lieferung), so ist das immerhin ein Beweis dafür, daß man die Versorgungsfrage noch für recht knapp hält. Im Verhältnis zum Berliner Durchschnittspreis im Jahre 1913 stellten sich die Preise für Roggen in Chicago (umgerechnet in Mark und je Tonne) wie folgt:

Januar 1915	Cents je Bushel	mehr als 1913
Januar 1915	272,10	66 Proz. mehr
Februar	271,90	65
März	223,20	86
April	183,95	12
Mai	197,75	30
Juni	180,95	10
Juli	158,65	8
1.—15. August	174,05	6

Auch die Chicagoer Roggenpreise garantierten also der deutschen Landwirtschaft mit alleiniger Ausnahme des Monats Juli höhere Preise als sie im Jahre 1913 einschließlich des Zollprofits erhielt. Dabei ist zu beachten, daß die zum Vergleich herangezogenen Preise der Börse von Chicago normalerweise beträchtlich unter den New Yorker Preisen liegen. (Die Chicagoer Preise sind im allgemeinen Unterweltmarktpreise.)

Bei aller Zurückhaltung, die in der allgemeinen Krise notwendig erscheint, ist doch mit Nachdruck zu sagen, daß bis jetzt die tatsächliche Bewegung der Getreidepreise am Weltmarkt keinen Grund für die Wiedereinführung der Getreidezölle ergeben hat. Und schließlich erscheint es auch nicht mehr als wahrscheinlich, daß eine Preisermäßigung im Katastrophenfall die Getreidezölle noch nachträglich rechtfertigen wird. Was natürlich die Regierung nicht hindern wird, sie in Kraft zu setzen.

In Deutschland war in derselben Zeit die Preisbewegung, wenn sie auch im allgemeinen der amerikanischen folgte, durch besondere Verhältnisse mitbestimmt. In erster Linie kommt dabei die Kreditnot in Betracht. Der deutsche Getreidehandel zögert, Engagements einzugehen, die eventuell langes Durchhalten erfordern und schließlich zu Zwangsrealisationen führen können, vor denen die Stinnes-Liquidation einen allgemeinen Horror erzeugt hat. Es kommt hinzu, daß die Ausfuhrbeschränkungen bis jetzt noch nicht aufgehoben sind und daß über das Inkrafttreten der Getreidezölle und deren Höhe lange Zeit Ungewißheit bestand. Der Berliner Markt zeigte im Juli und August deutlich eine ausgesprochene Unsicherheit.

Im Juli ist an der Berliner Börse annähernd regelmäßig für Weizen nur eine Notiz für prompte Ware zustande gekommen, die

verschieden bemerkt wurde, aber im ganzen steigende Tendenz zeigte. Der Monatsdurchschnitt hielt sich mit 264,40 M. etwa auf der Junihöhe (266,75 M.) und war 33 Proz. höher als der Durchschnittspreis von 1913. Seit Ende Juli erfolgten Preisanschiebungen für märzlichen, für September- und Oktober-Weizen. Die Bewertung ist nicht einheitlich, wenn auch eine gewisse Parallelität u. a. auch mit der Chicagoer Notierung, aber über dieser, unverkennbar ist.

Am deutlichsten ist die Unsicherheit am Roggenmarkt. Regelmäßig notiert wurde im Juli märzlicher Roggen und Juli-Lieferung, deren Monatsdurchschnittspreis fast gleich war (212,30 bzw. 212,70 Mark), während die tägliche Preislinie sich kreuzte. Charakteristisch ist die starke Ueberhöhung der Berliner Roggenpreise im Vergleich mit den Chicagoer Preisen. Darin kommt bereits die Zollverteuerung teilweise zum Ausdruck. Das Maß dieser Zollverteuerung wird sich bei Inkrafttreten der Zölle immer klarer abzeichnen und die Folge werden voraussichtlich steigende Getreidepreise in Deutschland sein, auch wenn die Weltmarktpreise etwas nachgeben sollten.

Joh. Kreyen.

30 Jahre Internationaler Genossenschaftsbund.

Heute, am 19. August, begeht der Internationale Genossenschaftsbund den 30. Jahrestag seiner Errichtung als unabhängige Organisation zur Verwirklichung des genossenschaftlichen Ideals — der Schaffung eines genossenschaftlichen Gemeinwesens.

Von 1869 bis 1895 hatte der verdorrte Gedanke eines internationalen Bundes in jenen Ländern unseres Erdballs geglimmt, in denen die Bewegung die größte Entwicklung erreicht hatte. Der alljährliche Austausch gleichgesinnter Vertreter zu den Kongressen der verschiedenen Landesorganisationen hatte den Gedanken eines organischen Zusammenschlusses gefördert und die Stimmung der Genossenschaftler für engere Beziehungen angeregt.

Auf dem britischen Kongress im Jahre 1886 in Plymouth war es, wo Emile de Boyne aus Nimes, unter tatkräftiger Mitwirkung von Edward Bonfanti Reale vom Britischen Verbande, den ersten bestimmten Vorschlag zur Bildung eines internationalen Bundes machte. Aus der wohlwollenden Aufnahme, die der Vorschlag fand, ergaben sich praktisch die ständigen Bemühungen der nächsten neun Jahre, die für eine unabhängige, aller Länder vertretende Organisation notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Georg Jakob Holzhaake, der Historiker und Vorkämpfer in der Frühzeit des Genossenschaftswesens in England, war es, auf dessen Antrag auf dem im Saale der Gesellschaft für schöne Künste in London abgehaltenen Kongress am 19. August 1895 der Bund gegründet wurde.

Heute umfaßt der Bund die nationalen Genossenschaftsorganisationen von 34 Ländern und nicht weniger als 50 Millionen Mitglieder.

Das Münchener Werk der Deutschen Werke (die ehemaligen Kriegerwerkstätten) ist von der Stadt München angekauft worden. Wie es heißt, wird die Stadt die Gebäude als Straßenbahnhof und Straßenbahnwerkstätte verwenden.

Kreditaktion Preußens für den gewerblichen Mittelstand. Nachdem der Preussische Landtag die Bereitstellung von Mitteln zur Behebung der Kreditnot des gewerblichen Mittelstandes beschlossen hat, sind von der preussischen Staatsbank 22 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, die über die preussische Zentralgenossenschaftskasse, die Dresdner Bank (Genossenschaftsabteilung), die Giro-Zentrale und die Landesbank-Zentrale dem Handwerk, dem Einzelhandel, den Konsum-Genossenschaften und sonstigen Warengenossenschaften zugeleitet werden. Die Kredite sollen auf geschäftlicher Grundlage in der Regel gegen Wechsel begeben werden, deren Laufzeit 1/2 Jahr beträgt, und deren Prolongation in Aussicht genommen ist. Im allgemeinen sollen im Einzelfalle nicht mehr als 1000 M. gegeben werden. Der Höchstzinsfuß für den letzten Kreditnehmer wird nicht mehr als 3 Proz. über den jeweiligen Reichsbankdiskont betragen.

Liquidation der Hugo Stinnes Eisen u. S., Mülheim. Die Hugo Stinnes Eisen u. S., Mülheim-Ruhr, wird, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ hört, in Liquidation treten. Der Mehrzahl der Angestellten ist bereits zum 1. Oktober gekündigt worden. Die Stadt Mülheim führt Verhandlungen zwecks Uebernahme des Verwaltungsgebäudes der Gesellschaft.

RESTE UND **SCHNITTE**

ZU BESONDERS BILLIGEN PREISEN!

Wäschestoff-Reste Meter von **60** an
Stickerei-Reste Meter von **90** an
Seidenband-Reste Meter von **1⁹⁵** an
Wachstoff-Reste Meter von **60** an
Kleiderstoff-Reste Meter von **90** an
Seidenstoff-Reste Meter von **1⁹⁵** an
Gardinen-Reste
Möbelstoff-Reste
Linoleum-Reste

Handtücher besonders preiswert!
 Stück **65, 80, 95** Pf.

Aussergewöhnlich billig
 angestaubte **Voileblusen und Jumper**
1⁹⁰ 2⁹⁰ 3⁹⁰

Angestaubte **Damen-Hemden** von **1¹⁰** an
 Angestaubte **Jumper-Untertailen** Stück **75** Pf.

HERMANN TIETZ

Mutter Wurm.

Von Hugo Lukács.

Er blickte wild auf die Nachdrängenden.
"Pack's euch weg, ihr blödes Gefindel!"
Wie aufgeschreckte Vögel verschwanden sie.
Da kamen die beiden Buben und stellten sich neben die Mutter.
"Na, da seid ihr auch." Der Riese lachte schon gutmütig.
"Nichts für ungut, Mutter Wurm. Der Lump dort hinten hat es gut getroffen. Hinter Ihrer Schürze ist er sicher. Und ihr beide, ihr vermaldeiten Lausbuben, ihr tütet es auch besser, immer bei der Mutter zu stecken."
Der Hans steckte das Messer ein, schaute sich verlegen um.
"Ihr seid ein Maleszimmutter!", lachte er im Hinausgehen.
Die Alte setzte sich müde. Auch der Verfolgte schlich aus dem Zimmer.

Die beiden Söhne schauten stolz auf die Mutter. Ungelent wollten sie ihr ihre Liebe zeigen. Und sagten Dummheiten, etwas ganz anderes, als sie wollten.

Und Mutter Wurm wollte die Gelegenheit nützen. Sie ließ eine ihrer Straf- und Moraspredigten vom Stapel. Die Kinder wurden verdrossen. Und je mehr Mutter Wurm es merkte, um so böser wurden ihre Worte, bis zuletzt die Predigt mehr und mehr zu einem ununterbrochenen Strom von Flüchen wurde.

Die Jungen drückten sich.
Und als sie wieder allein geblieben war, weinte das alte Mütterlein. Wieviel hatte diese arme alte Frau schon geweint. Ströme von Tränen waren in den Falten ihres Gesichtes geflossen; man konnte glauben, die Bäche der Tränen hätten sie für sich gegraben.

Aber in all ihre Bitterkeit mengte sich ein Schimmer von Glücksgefühl. All die schlechten, unedlen Leidenschaften dieses Hauses blühten sich an ihrer Schwelle. Die Menschen, die die ganze Welt um und einander ohne jedes Erbarmen bestiehlen, ließen sie ungeschoren. Sie konnte Türen und Kassen offenhalten, nie kam etwas abhanden. Was war es denn, was sie für diese erbärmliche Menschen unerbürdlich machte? Das Wunder bestand nicht darin, daß sie die einzige im Hause war, die in aller Not und Pein ehrlich geblieben war, sondern, daß die andern daran glaubten. Ihre Güte, ihre Milde, ihre Brausheit zeigte sich nicht in Worten. Ihr Leben heiligte sie. Die vollkommenen Menschen dieses Hauses glaubten an keines Menschen Ehrlichkeit. Sie verachteten jeden, der an die Menschen glaubte. Für sie waren die "Ehrlichen" verlogene Betrüger, sie wußten es so, daß die ganze Welt aus Dieben, Wuchereern und Jubältern bestehe. Das Gesetz wurde von einem Teil der Schurken gegen die anderen gemacht und angewendet. Das Leben war ein Kampf des Schlechten gegen den Schlechten. Nur an Mutter Wurm mußten sie glauben. Und dieser Glaube bezwang sie. All das fühlte die alte weinende Frau. Und sie dachte dankenden Herzens an Vater Wurm, an ihr kurzes Glück, das sie für alle Tage verpflichtete, auszudauern in braver Ehrlichkeit.

Mutter Wurm murmelte, wie immer, wenn sie allein war — sie war ja fast immer allein — abgeriffene Worte vor sich hin. Fingmal waren es stille gute Worte, unsammenhängend, wie Wegweiser an einer langen Reihe von Gedanken. Da blickte sie aus dem Fenster und falt überließ es sie. Es war gar nichts Besonderes, was sie sah. Die beiden Brüder sahen im Hofe an einem Haufen hier vergessener Ziegelsteine. Der ältere sprach eindringlich zu dem jüngeren, der die und da zustimmend nickte. Mutter Wurm ahnte Unheil. Sie fühlte instinktiv: die beraten eine "Arbeit"! Angst um ihre Söhne, Verachtung der Sünde, Abwehr des Schlechten, Unanständigen, machten sie erzittern. Sie fürchtete aber, sie verabscheute auch das Schicksal ihrer Söhne und fühlte in ihren zitternden Knien ihr vollkommene Ohnmacht, den Dingen, die da kommen mußten, zu steuern. Sie rief ihre Söhne mit der Stimme einer, die der Alb drückt. Die Söhne blickten zu ihr hinein. Sie waren erschrocken. Für einen Moment hatte dieser Schrei sie in ihre Kinderjahre verlegt. Wie errieppte Buben waren sie zusammengelaufen. Doch schnell erholten sie sich und lachend über die komische Alte, sie freundlich spöttlich grüßend, gingen sie fort. Sie hatte das Gefühl, als müßte sie ihnen nachlaufen, sie zurückhalten. Vor was, das wußte sie nicht sicher, aber sie hatte in ihrer beklemmenden Angst die Sicherheit, daß etwas Pöbliches, Gefährliches, Schlechtes geschehen werde. Krostlos sank sie auf ihren Stuhl zurück, faltete ihre alten, zermürbten Hände und sah da wie Frau Sorge selbst. Sie wußte, jetzt kam für sie wieder die Zeit des langen, öden, verzweifelten Wartens.

Sie wußte auch, wo die Weiden jetzt waren. An der Ecke im Kaffeehaus "Zum grünen Frosch". Sie war ja nie darin gewesen. Für sie war das die Hölle, wo die abscheulichsten Leidenschaften hausten, wo alle zusammen, die weglos sich durch die Nacht des Lebens schleichen, verlorst, unsicher, belastet. Und die sich hier hablos halten wollten im Rausche, im Laumel des Lasters. Und wo sie ihre finsternen und blutigen Pläne ausheckten. Sie wußte: jetzt sahen die Weiden dort und besprachen leise, was sie verbrechen wollten.

Was sollte sie beginnen? Wie das Unheil beschwören? An wen sich wenden?

Rund herum lag die große Stadt. An jeder dritten Ecke stand ein Wachmann. Zur Sicherung des Lebens und der Güter der Bürger hatten sie Postzei, Richter, Gefängnisse. Kein Verbrecher entging ihnen. Aber waren denn alle diese Leute blind, taub, von Dummheit geschlagen? Wußten sie denn nicht, daß da zwei Menschen saßen, die sich auf eine verbotene Tat vorbereiteten? Sie wußten es; sie wußten es wissen. Ebenso wußten sie es wissen, wie Mutter Wurm es wußte. Alle, die in diesem Hause der Verkommenheit wohnten, sind von Zeit zu Zeit wieder gezwungen, Verbrechen vorzubereiten, um ihr Leben weiter zu fristen, um ihren Lastern fröhnen zu können. Wer ihre Lebensweise erkannt hat, der konnte immer mit tödlicher Sicherheit bestimmen, wenn die Zeit zu einem neuen Verbrechen gekommen war. Warum denn die Zeit zu einem neuen Verbrechen gekommen war. Warum gab es keinen, der es verhindern konnte? Oder wollten sie es nicht, die Anderen, die Weiden? Wenn sie sah, wie der Wachmann ihrem Hause in weitem Bogen auswich, hatte sie das Gefühl, als ob er auf der Lauer läge. Als ob die Kinderen es wünschten, daß sie hier dem Verbrechen verfallen mögen, um sie dann mit aller Härte verfolgen zu können. Wie gemein, wie feig, wie dumm die waren.

Und Mutter Wurm merkte nicht, daß sie, die rein geblieben war inmitten all dieses Schmutzes, eines gemein hatte mit ihren Söhnen, mit allen Verbrechern um sie herum: den Haß gegen die Anderen, die schlecht und feig ihren Taten nicht wehrten, nur hinterher ihre Reute aufboten, wenn es schon zu spät war.

(Schluß folgt.)

Lokalanzeigerleser.



Sehn Sie, meine Herrn, das ist ein Blättchen,
Wo einem das Herz im Leibe lacht!
Da haben Sie täglich ein fettes Bukettchen
Von sozialistischer Niedertracht!
Und wie wir unter den alten Farben
Als Unternehmer hungern und darben!
Natürlich aus strengnationalem Motiv,
Bei Einfuhrzöllen und Abbautarif.

J. S. das mit dem internationalen Geiz!
Das glaubt heut jedes Lokalanzeigergemüt.
Und das abonniert noch dazu auf den Schwindel.
Nationale Opfer! Sehn Sie, meine Herrn, das zieht!
Dahinter stecken natürlich unsere Interessen. —
Aber wenn die blöden Proleten das fressen,
Womit man sie seit Jahren bemogelt hat...!
Meine Herren, verdienen die Leute ein andres Blatt!

Meinem Kinde.

Von Klara Kerkow.

Mutterleuchten meines Herzens strahlt in Deines —
Steigt verjüngt als kindlich klarer Widerschein empor in
meines;
Einsiens hab ich freudschmerzlich Dich in meinem Schoß
getragen,
In dem Gleichmaß meines Pulses hat ein zager Puls ge-
schlagen. —
Aus dem Glänzen meiner Augen blicktest Du bereits ins
Leben —
Alle lichterfüllten Kräfte hab' ich sammelnd Dir gegeben. —
Lieblich bist Du, eine Blume, Leib aus meinem Leib ent-
sprossen; —
Seele ward in neue Seele — Form in neue Form gegossen. —
Und ich frage — wenn ich Dich nun freudgeboren vor mir
sehe, —
Wenn verjunkt und betrachtend ich an Deinem Lager stehe —
Ist es, daß ich unerschöpflich Dir mein Seelenklingen reiche?
Daß ich einer ewig neuen, ewig regen Welle gleiche? —
Daß durch Dich sich meines Lebens Werden immer wieder
neu erfüllt,
Daß mein Lebensquell beständig jung zu Dir hinüberquillt?

Die Sage vom Lebermeer.

Schon in einer Erdbeschreibung aus dem 11. Jahrhundert wird ein Meer erwähnt, das so dickflüssig ist, daß die Schiffe darin stecken bleiben müßten. Reisende, die es gesehen hatten, glaubten, es sei mit geronnenem Blut gefüllt; daher nannte man es *Lebermeer*. Die Medizin jener Zeit glaubte nämlich, die Leber bestehe aus geronnenem Blut. Das Unheimliche, das der Volksglaube natürlich alsbald mit dem seltsamen Meer verknüpfte, war es wohl auch, das einige Dichter des Mittelalters, wie z. B. Wolfram von Eschenbach, reizte, das Lebermeer sogar in ihren Dichtungen vorkommen zu lassen.

Was war nun aber das Lebermeer in Wirklichkeit? Ganz aus der Luft gegriffen ist der Begriff nämlich keineswegs; da die Forschung zu einer Annahme gelangt ist, die das Vorhandensein dieses Meeres als durchaus glaubhaft hinstellt. Nach einem alten Bericht soll sich das Lebermeer nahe bei Atlantis, der schon von Plato erwähnten großen Insel im Atlantischen Ozean, ausgedehnt haben. In der Tat gibt es aber im Atlantik, und zwar zwischen 25 und 35 Grad nördlicher Breite und 38 bis 60 Grad westlicher Länge, ein Meeresgebiet, das sogenannte „Sargassomeer“, das schon Kolumbus auf seiner Reise im Jahre 1492 in große Gefahren gebracht hatte. Ungeheure *Algenmassen* verdrängen hier das Meer stellenweise derart, daß ein Durchkommen für die primitiven Schiffe der Alten wohl mit Gefahr verbunden gewesen sein konnte. Und da die Algen eine rötlichbraune Farbe aufweisen, so erklärt sich auch der Glaube an das „geronnene Blut“. Uebrigens hat sich die Ent-

deckung dieser Algenmassen und ihre Lokalisierung auf begrenzte, wenn auch ausgedehnte Teile des Meeres bis heute nicht sicher feststellen lassen. Man nimmt aber an, daß die Pflanzen in diesem zentralen Teil des Ozeans durch die den Atlantik kreisförmig umgebenden großen Strömungen von den Küsten zusammengetrieben werden.

Nun verlegte jedoch ein Teil der mittelalterlichen Gelehrten und Schriftsteller das Lebermeer in einen wesentlich nördlicheren Teil des Atlantischen Ozeans. Da sich für das Vorhandensein dieses nördlichen Lebermeeres jedoch lange Zeit keine Anhaltspunkte ergaben, hielt die Forschung die Annahme für eine Erfindung, obgleich schon Pytheas, der zur Zeit Alexanders des Großen lebende vortreffliche Geograph, behauptet hatte, auf seinen Reisen nach Britannien und Thule das Lebermeer gesehen zu haben. In neuerer Zeit hat man nun auch für die Annahme eines nördlichen Lebermeeres eine ziemlich glaubwürdige Erklärung gefunden. In einem bestimmten Teil des Europäischen Nordmeeres hat der norwegische Naturforscher Nilsson nämlich die Beobachtung gemacht, daß unter Wasser manchmal ganz eigentümliche Eissbildungen zustandekommen können, die der Wasserfläche tatsächlich ein Aussehen geben, als sei das Wasser „geronnen“. Da sich nach Pytheas dieses Lebermeer in der Nähe von Thule befunden haben soll, dem fagenhaften Eiland, das die Forschung neuerdings in das Gebiet zwischen die Schetlands-Inseln und die norwegische Küste verlegt, so wäre es immerhin möglich, sich das Lebermeer der Alten an dieser Stelle zu denken. Jedenfalls darf man den Glauben an das Lebermeer nicht von vornherein für ein naturwissenschaftliches Märchen halten. Er war wohl nur der Ausdruck für eine Naturerscheinung, die man sich damals nicht erklären konnte, die aber tatsächlich vorhanden und vom Altertum und Mittelalter nur naiv gedeutet worden ist.

Wie Heinrich Heine sich selbst interviewte. Vor kurzem wurde ein äußerst interessantes und für Heinrich Heine sehr charakteristisches Fragment aufgefunden: ein eigenhändig geschriebener Artikel Heines, in dem dieser, ohne seinen Namen zu nennen, erzählt, wie er Heinrich Heine interviewte. Der Anlaß zu diesem vorgetauschten Interview ist nicht bekannt, es ist aber kaum anzunehmen, daß Heine sich lediglich einen Scherz damit machen wollte. Vermutlich hat er es beabsichtigt, um einige frühere Urteile in der Öffentlichkeit zu berichtigen. Der Artikel ist leider nicht ganz vollständig, aber der erhaltene Teil enthält genug des Interessanten. Heine schreibt: „Von Laube und Mundt sprach er (Heine) mit großer Liebe. Unter den jetzigen Dichtern rühmte er am meisten Anastasius Grün. Zu meiner Verwunderung erteilte er großes Lob dem verstorbenen Platen, dem er im Leben so übel mißgepielt hat. Die Mißhandlung Platens bleibt immer ein schwerer Vorwurf gegen Heine. Ich mußte damals antworten, sagte mir Heine, es war eine Parteiliche, und der Gegner war bedeutend. Es ist wahr, daß Heine späterhin von allen Persönlichkeiten, die gegen ihn gedruckt wurden, nie Notiz nahm. Er hat aber leicht zu schreien, da nie ein Schriftsteller so oft und so stark gelobt wurde wie er. Er ist der Liebbling des deutschen Volkes...“ Am bemerkenswertesten in diesem Brief ist zweifellos die auf Platen bezügliche Stelle, in der Heine sein Vorgehen gegen Platen selbst als eine „Mißhandlung“ bezeichnet. Vermutlich sollte der Artikel das scharfe Vorgehen gegen Platen wieder auf-

